



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

32. Jahrgang

Heft 2

Februar 1980

Aktuelle Auslese



Reales Wachstum im verarbeitenden Gewerbe

1979 sind in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) nach jahrelangem, zum Teil kräftigen Personalabbau erstmals mehr Arbeitskräfte eingesetzt worden als im Vorjahr. Mit ihren 180 000 Beschäftigten erlösten die Betriebe einen Umsatz von fast 29 Mrd. DM, 8,5 % mehr als 1978. Das bedeutet auch real (nach Ausschaltung des Preisanstiegs) eine Zunahme um reichlich 4 %. Im Schiffbau entstand im vergangenen Jahr ein Umsatzdefizit von einem Drittel des Volumens von 1978. Läßt man diesen Wirtschaftszweig außer Ansatz, so errechnet sich für das übrige verarbeitende Gewerbe ein nominales Umsatzplus von 12 %. Dazu hat die chemische Industrie (+ 32 %) einen erheblichen Beitrag geleistet.

Die Bestelltätigkeit belebte sich 1979 kräftig: Der Wert der eingegangenen Aufträge war um ein Fünftel höher als 1978. Nach dem Einbruch im Jahre 1978 erhöhten sich die Ordereingänge im Schiffbau sprunghaft, ohne jedoch das Niveau früherer Jahre zu erreichen.



Weitere Konzentration in der Nutztierhaltung

5 % weniger Rinderhalter, darunter 6 % weniger Milchkuhalter, zugleich mehr große Bestände ab 100 Rinder und ab 40 Milchkühe kennzeichnen auch nach der Dezemberviehzählung 1979 den Fortgang des langjährigen Konzentrationsprozesses. Die Zahl der Schweine- und Sauenhalter sank — bei niedrigen Erzeugerpreisen — insgesamt stark (um jeweils 12 %), wuchs aber zugleich erheblich oberhalb 200 Schweinen und 50 Sauen. Die Bestandsdurchschnitte stiegen dadurch auf 115 Schweine und 20 Sauen. Auch in der Eierzeugung und Geflügelmast ging die Konzentration weiter, wobei die Halterzahlen in allen Bestandsgrößen abnahmen. 47 % der Legehennen und 95 % der Masthennen lebten in Beständen von über 10 000 Tieren bei 35 bzw. 22 Haltern.



1,1 Mill. Erwerbstätige im April 1979

Die 1%-Mikrozensusbefragung von April 1979 weist 1 103 100 Erwerbstätige aus, 1,3 % mehr als 1978. Damit stieg die Erwerbstätigenquote auf 42,6 %. Von 100 Männern im Alter zwischen 15 und 65 Jahren waren — wie im Vorjahr — 84 erwerbstätig, von 100 gleichaltrigen Frauen 49 (Vorjahr: 48). In Bezug auf den Wirtschaftsbereich sind es allein die Dienstleistungen, die den Zuwachs trugen (+ 5,8 %), während die Landwirtschaft (− 4,9 %) und das produzierende Gewerbe (− 1,6 %) Einbußen aufwiesen. In Bezug auf die „Stellung im Beruf“ hat sich der Zuwachs an Erwerbstätigen besonders bei den Angestellten vollzogen (+ 3,5 %), die damit erstmals die Arbeiter an Zahl übertrafen, während die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 3,6 % sank.



Wohnungsbaugenehmigungen 1979 wieder rückläufig

Im vergangenen Jahr gaben die Genehmigungsbehörden Schleswig-Holsteins den Bau von 19 281 Wohnungen frei. Das sind 9,8 % weniger als 1978, das im Vergleich zu den drei Vorjahren mehr Baugenehmigungen gebracht hatte. Von den 18 619 Wohnungen in Wohngebäuden, deren Errichtung 1979 genehmigt wurde, gehören 13 341 oder 72 % zu Ein- oder Zweifamilienhäusern, die übrigen 5 278 oder 28 % zu mehrgeschossigen Häusern. Der Anteil der genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ist damit weiter rückläufig. 1978 betrug er noch 73 % und 1977 sogar 76 %. Trotzdem war nach dem Kriege nur 1978 die Baufrage nach Wohnungen in Eigenheimen absolut größer (14 786 Wohnungen). Im Nichtwohnbau wurde der Neubau von 1978 Gebäuden mit 8,1 Mill. m³ Rauminhalt genehmigt. Das sind zwar etwa 200 Gebäude weniger als im Vorjahr, sie hatten aber 8 % mehr Rauminhalt und 4 % mehr Nutzfläche.

Berufspendler 1978

Seit Beginn der Industrialisierung im vorigen Jahrhundert ist es nicht mehr selbstverständlich, daß Erwerbstätige in der Nähe ihrer Arbeitsstätte auch wohnen; vielmehr wurde ein räumlicher Abstand zwischen Wohnung und Arbeitsplatz die Regel. Infolge zunehmender Verdichtung und Ausdehnung unserer Städte sowie steigender Mobilität der Bevölkerung hat dieser Abstand seitdem erheblich zugenommen. Für die dadurch ausgelösten täglichen Ortswechsel hat sich der Begriff „Pendelwanderung“ eingeführt, für die Personen das Wort „Pendler“. Eine intensive Pendelwanderung ist heute geradezu ein Kennzeichen einer hochentwickelten Region.

Die Darstellung der räumlichen Verflechtung zwischen dem Wohnen und dem Arbeiten durch Erfassen der Pendlerströme ist seit geraumer Zeit eine wichtige Aufgabe von Volkszählungen. Hier gelten diejenigen Erwerbstätigen als Berufspendler, die auf ihrem werktäglichen Weg ihre Wohngemeinde verlassen (von ihnen unterschieden werden die Ausbildungspendler). Jeder Pendler ist zugleich Einpendler, nämlich aus der Sicht der Ziel- oder Arbeitsgemeinde, und Auspendler, nämlich aus der Sicht der Herkunfts- oder Wohngemeinde. Bei den innerhalb Schleswig-Holsteins Pendelnden ist in der Summe die Zahl der Einpendler gleich der Zahl der Auspendler. Diese Gleichung gilt natürlich nicht für eine einzelne Gemeinde und ebensowenig für die Pendlerbeziehung Schleswig-Holsteins mit seinen Nachbarländern.

Zahlen über die Pendelwanderung gehören zu den gefragtesten Ergebnissen der Volkszählungen. Im Rahmen der Auswertungen der Volkszählung 1970 wurden deshalb auch sachlich und regional tief gegliederte Pendlerstatistiken erarbeitet, die nach nunmehr fast zehn Jahren allerdings weitgehend überholt sind.

Um die Nachfrage nach aktuellen Zahlen befriedigen zu können, sind Fragen zur Pendelwanderung in die Erhebung des Mikrozensus 1978 einbezogen worden. Der Mikrozensus ist eine jährliche 1%-Stichprobe, die bei Haushalten Merkmale zur Bevölkerungsstatistik und zur Erwerbstätigkeit erhebt.

Der dem Mikrozensus zugrunde liegende Auswahlplan erlaubt zwar keine repräsentative Erhebung von Pendlerströmen zwischen einzelnen Gemeinden, es lassen sich jedoch summarisch die Pendelbewegungen

1. innerhalb der Gemeinden
2. zwischen den Gemeinden
3. über die Landesgrenze hinweg

hinlänglich genau¹ darstellen.

Da im strengen Sinne nur diejenigen Erwerbstätigen zu den Berufspendlern zählen, deren Arbeitsstätte und Wohnung in verschiedenen Gemeinden liegen und die diesen Weg werktätlich zurücklegen, stellen die unter Punkt 1. Genannten, die sogenannten innergemeindlichen Pendler, höchstens eine Sonderform dar. Da ihre Auswertung nur unter lokalen und engen regionalen Gesichtspunkten von Interesse ist, sollen sie hier vernachlässigt werden.

Dagegen finden Angaben über die die Landesgrenze überschreitenden Pendler wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Hamburg und dem Süden unseres Landes besondere Beachtung. So gibt deren Zahl — zu 98% sind es Berufstätige, die in Hamburg arbeiten — zum Beispiel Aufschluß über das Ausmaß, mit dem Schleswig-Holsteiner an der Erstellung des Hamburger Bruttoinlandsprodukts beteiligt sind.

Die Pendlerfragen des Mikrozensus 1978 lehnten sich stark an die der Volkszählung 1970 an und lauteten folgendermaßen:

Ort und Weg zur Arbeitsstätte, (Hoch-)Schule, Kindergarten

Ort (Gemeinde) der Arbeitsstätte bzw. der (Hoch-)Schule bzw. des Kindergartens	Zeitaufwand für Hinweg	Das für die längste Wegstrecke benutzte Verkehrsmittel	Entfernung für Hinweg
Falls gleich Wohnort, ist „W“ einzutragen	Entfällt, da gleiches Grundstück	Entfällt, da gleiches Grundstück	Entfällt, da gleiches Grundstück
	bis 10 Min.	Bus	unter 10 km
	bis 20 Min.	Straßenbahn	10 b.u. 25 km
	bis 30 Min.	U-/S-Bahn	25 b.u. 50 km
	bis 45 Min.	Eisenbahn	50 km u. mehr
	bis 1 Std.	PKW, Krad	Wechselnder Arbeitsplatz
	bis 1 ½ Std.	Moped, Mofa	
	über 1 ½ Std.	Fahrrad	
		zu Fuß	
		Sonstiges	

1) Der bei Stichproben unvermeidliche Stichprobenfehler wirkt sich natürlich auch hier aus. Darüber hinaus haben rund 4 % der Erwerbstätigen keine Angaben zu den Pendlerfragen gemacht

Bei der Volkszählung sah die Frage nach dem benutzten Verkehrsmittel zwar mehr Antwortkategorien vor, der Zeitaufwand wurde aber damals nur nach 5 Klassen unterteilt, wobei die obere offene Klasse bereits bei „60 Minuten und mehr“ ansetzte. Vor allem aber fehlten 1970 Angaben über die Entfernung zur Arbeitsstätte.

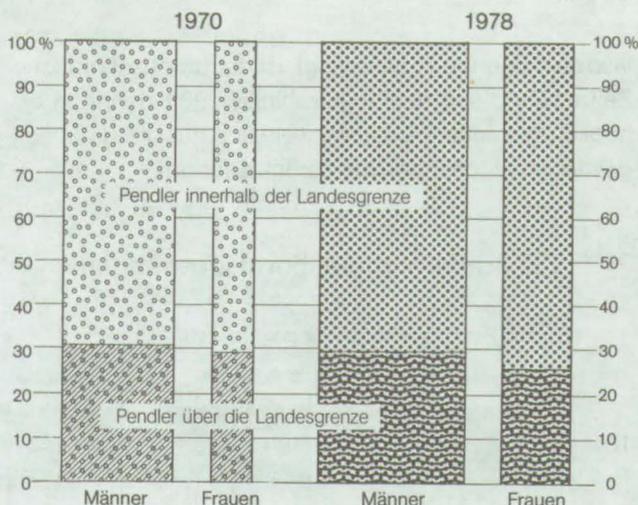
Fast 4 von 10 Erwerbstätigen sind Pendler

Unter den im April 1978 ermittelten 1 089 000 Erwerbstätigen waren 428 000 Auspendler; das entspricht einer Pendlerquote — das ist der Anteil der Auspendler an den Erwerbstätigen — von 39 %.¹ Verglichen mit 1970 ist das eine Zunahme um 11 Prozentpunkte. Bei den Männern liegt die Pendlerquote mit 43 % (1970: 33 %) höher als bei den Frauen (34 %, dagegen 1970: 23 %).

Berufsauspendler

		1970	1978	Zunahme
		in 1 000		in %
Berufsauspendler insgesamt	männlich	222	291	31
	weiblich	81	136	68
	zusammen	303	428	41
davon				
innerhalb	männlich	153	205	34
Schleswig-Holsteins	weiblich	57	101	77
	zusammen	211	306	45
über die Landesgrenze	männlich	68	86	26
	weiblich	24	35	46
	zusammen	93	121	31

Von den 428 000 im Jahre 1978 ermittelten Berufsauspendlern überschritten 121 000 (das sind 28 %) arbeitstäglich die Landesgrenze. Ihre Wege führten fast ausschließlich nach Hamburg. Während der Anteil dieser Pendler über die Landesgrenze sich bei den Männern gegenüber 1970 kaum verändert hat, ist der der Frauen sogar gesunken: 1970 arbeiteten 30 % dieser schleswig-holsteinischen Frauen in Hamburg, 1978 waren es nur noch 26 %. Da sich die Zahl der Pendler über die Landesgrenze aber gleichzeitig erheblich erhöht hat, muß — wie auch die folgende Übersicht zeigt — die Anzahl der zwischen den Gemeinden unseres Landes pendelnden Frauen noch stärker gestiegen sein.



Diese Entwicklung ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Zum einen auf die erhöhte Mobilität der Bevölkerung, die sich in einer kräftigen Zunahme der Pendlerquote ausdrückt, und zum anderen auf einen Anstieg der Zahl der weiblichen Erwerbstätigen. Ihre Zahl hat gegenüber 1970 um 15 % zugenommen, während die der Männer sich nur unwesentlich erhöht hat.

Wenn auch die Ergebnisse des Mikrozensus mit einer gewissen Unsicherheit behaftet sind — neben dem bereits genannten Stichprobenfehler und dem geringen Anteil von nicht gegebenen Antworten sind dies methodische Mängel, die insbesondere die Hochrechnung des Stichprobenmaterials auf die Grundgesamtheit betreffen —, so dürften Richtung und Ausmaß der Entwicklung doch der Wirklichkeit entsprechen. Außerdem bestätigen Ergebnisse verwandter Statistiken die Mikrozensuszahlen.

Durchschnittlicher Zeitaufwand weiter rückläufig

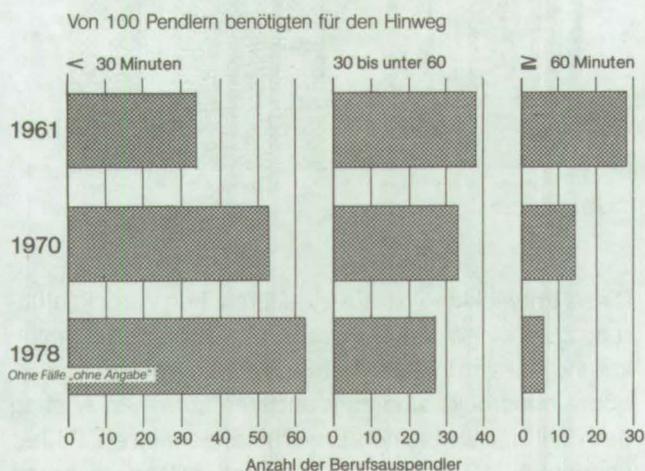
Von den innerhalb Schleswig-Holsteins Pendelnden benötigen 59 % zwischen 10 und 30 Minuten für den Hinweg zur Arbeitsstelle. Unter ihnen haben 32 % einen zeitlichen Aufwand von nur 10 bis 20 Minuten. Wege, die mehr als 60 Minuten in Anspruch nehmen, sind selten. Obwohl Männer und Frauen sich in bezug auf das benutzte Verkehrsmittel nicht unwesentlich unterscheiden, ist der Zeitaufwand für beide Geschlechter ähnlich.

Demgegenüber ist die Anfahrt der Pendler über die Landesgrenze deutlich zeitraubender. 63 % benötigen mehr als eine halbe Stunde. Jeder siebente Hamburg-

Pendler braucht sogar mehr als eine Stunde für eine Strecke.

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der durchschnittliche Zeitaufwand seit der Volkszählung 1961 dennoch erheblich gesunken. Das ist zweifellos auf die drastisch gestiegene Motorisierung zurückzuführen.

D 5106 Zeitaufwand der Berufsauspendler



Drei Viertel der Männer fahren mit dem PKW oder Motorrad zur Arbeit

Da der PKW und das Motorrad 1978 zu einer Kategorie zusammengefaßt worden sind, lassen sich Zahlen für den PKW allein nicht aufbereiten. Durch Hinzuziehen der laufenden Kfz.-Zulassungsziffern läßt sich aber belegen, daß das Motorrad als Verkehrsmittel gegenüber dem Auto eine sehr geringe Rolle spielt. Man kann daher ohne weiteres sagen, daß der PKW für männliche und weibliche Berufspendler das mit weitem Abstand wichtigste Verkehrsmittel ist. Seine Bedeutung hat gegenüber 1970 weiter zugenommen; damals fuhren erst 55 % der Berufspendler mit dem PKW, 1978 schon 69 %. Unter der Voraussetzung, daß sich das Fahrverhalten seit der letzten Volkszählung nicht entscheidend geändert hat, handelt es sich bei dem PKW meist um das eigene Auto; denn 1970 wurde festgestellt, daß 87 % der PKW-fahrenden Pendler das Auto als Selbstfahrer benutzten, nur 13 % fuhren in einem fremden Auto mit.

Im Pendelverkehr innerhalb Schleswig-Holsteins ist der Bus das zweitwichtigste Verkehrsmittel. Jeder 14. männliche und jede 5. weibliche Berufstätige benutzt ihn überwiegend. Daneben haben die anderen

öffentlichen Personenverkehrsmittel nur nebensächliche Bedeutung.

Berufsauspendler 1978 nach dem Verkehrsmittel

Berufsauspendler	PKW/ Motorrad	Bus	U-/S- Bahn	Eisen- bahn	Mofa/ Rad	
	in % ¹					
Berufs-						
auspendler						
männl.	75	6	4	4	6	
weibl.	55	18	8	6	7	
insgesamt	zus.	69	10	5	4	6
davon						
innerhalb						
männl.	78	7	0	2	8	
weibl.	59	22	1	5	8	
zus.	71	12	0	3	8	
über die						
männl.	68	5	13	8	1	
weibl.	45	8	29	8	2	
zus.	61	6	18	8	1	

1) in % aller Berufsauspendler; Fälle „ohne Angabe“ und Fälle mit Benutzung eines hier nicht genannten Verkehrsmittels fehlen jedoch in dieser Tabelle

Der Berufsverkehr mit Hamburg unterscheidet sich erheblich von dem innerhalb Schleswig-Holsteins. Sowohl das gut ausgebaute schienengebundene öffentliche Personen-Nahverkehrsnetz — viele Gemeinden im Umland Hamburgs sind an das S- oder U-Bahnnetz und damit an den Hamburger Verkehrsverbund angeschlossen — als auch die hohe Verkehrsdichte im Großraum Hamburg bewirken wesentliche höhere Anteile des öffentlichen Personennahverkehrs als in Schleswig-Holstein.

Im Vergleich zu 1970 haben sich dennoch die Anteile des öffentlichen Personennahverkehrs verringert: Damals benutzten noch 11 % der Pendler nach Hamburg die Eisenbahn, 23 % die U- oder S-Bahn und nur 52 % PKW oder Motorrad, für 1978 lauten die Werte 8 %, 18 % und 61 %. Der Anteil der Kfz-Benutzer hat sich seit 1970 allerdings hier (+ 9 Punkte) nicht so stark erhöht wie innerhalb Schleswig-Holsteins (+ 14 Punkte).

Bei beiden Pendlergruppen fällt auf, daß Männer in weit höherem Maße individuelle Verkehrsmittel benutzen als Frauen, diese also zu einem höheren Anteil mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.

Jeder 10. Hamburg-Pendler fährt 50 km und mehr

Während 81 % der innerhalb des Landes Pendelnden auf Wegen unter 25 km Länge zu ihrer Arbeitsstelle gelangen, gut jeder Dritte sogar nur weniger als 10 km zu fahren braucht, und Entfernungen über 50 km selten sind, ist die Pendlerverflechtung mit Hamburg wesentlich

weiträumiger. Wege unter 10 km sind hier am wenigsten genannt worden; unter 25 km lang ist hier der Weg nur für 43 % der Berufsauspendler. Die am stärksten besetzte Kategorie ist die von 25 bis unter 50 km. 10 % der Pendler über die Landesgrenze benötigen sogar 50 km und mehr, das heißt für Hin- und Rückweg über 100 km pro Tag!

Berufsauspendler nach der Entfernung zur Arbeitsstätte 1978

Berufsauspendler	Mit einem Wegeaufwand von ...			
	unter 10 km	10 – 25 km	25 – 50 km	50 km und mehr
	in % ¹			
Berufsauspendler insgesamt	28	43	21	5
davon innerhalb Schleswig-Holsteins	36	45	12	3
über die Landesgrenze	7	36	42	11

1) Wegen einiger Fälle „ohne Angabe“ ergibt die Addition weniger als 100 %

Es ist leider nicht möglich, diese Ergebnisse mit 1970 zu vergleichen, da, wie bereits gesagt, damals nicht nach der Entfernung gefragt worden ist. Da sich mit Hilfe des Mikrozensus keine Gemeindeergebnisse aufbereiten lassen, kann man auch nicht gemeinde- oder kreisweise feststellen, ob die Zahl der Auspendler nach Hamburg aus entfernteren Gegenden Schleswig-Holsteins zugenommen hat. Man kann somit nicht sagen, ob die Saugkraft Hamburgs weiter gestiegen ist. Diese Frage läßt sich nur nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1981 beantworten.

Jörg Rüdell

Vergleiche auch: „Pendelwanderung in Schleswig-Holstein“, „Räumliche Struktur der Berufspendler in Schleswig-Holstein“ und „Erwerbstätige Fernpendler mit Familienwohnsitz in Schleswig-Holstein“ in dieser Zeitschrift, Hefte 9/1972 (S. 191), 8/1973 (S. 170) und 9/1974 (S. 187).

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 – 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Neuordnung der Statistiken des Handels und Gastgewerbes

Handel und Gastgewerbe spielen eine bedeutende Rolle im heutigen Wirtschaftsleben. Schon wenige Daten belegen dies. So tragen beide Bereiche zusammen in der Bundesrepublik rund 10 % zur gesamten Bruttowertschöpfung bei, und sie repräsentieren etwa 15 % aller Erwerbstätigen und 40 % aller Unternehmen. Dieser Bedeutung wurde das bisherige statistische Berichtssystem im Handel und Gastgewerbe nicht gerecht. Beide Wirtschaftsbereiche wurden bisher nur in verhältnismäßig großen Zeitabständen mit Hilfe der Handels- und Gaststättenzählungen stärker durchleuchtet, an die sich Ergänzungserhebungen anschlossen, die auf repräsentativer Basis durchgeführt wurden. Die zwischen den Totalerhebungen durchgeführten monatlichen und jährlichen Erhebungen beschränkten sich auf die Darstellung weniger Globalgrößen wie Umsatz, Beschäftigte und Wareneinkäufe, so daß Strukturverschiebungen nur in großen Zeitabständen sichtbar gemacht werden konnten, und dann auch nur im Ergebnis, nicht jedoch als Prozeß.

Gerade im Handel und im Gastgewerbe haben sich in den vergangenen Jahren tiefgreifende strukturelle Änderungen vollzogen, die das Bild dieser Wirtschaftszweige stark beeinflußt haben. Hiervon war insbesondere der Einzelhandel betroffen. Wandlungen entstehen durch quantitative und qualitative Veränderungen der Verbrauchernachfrage, sie zeigen sich durch neue Betriebsformen sowie durch ein weiteres Vordringen der Selbstbedienung. Den Strukturwandlungen, denen der Handel und das Gastgewerbe auch zukünftig unterworfen sein werden, trägt das neue Berichtssystem in besonderem Maße Rechnung. Dies geschieht einmal dadurch, daß Jahresherhebungen zukünftig auch in der Handelsvermittlung und im Gastgewerbe stattfinden, zum anderen dadurch, daß die Jahresherhebungen jetzt auch Merkmale mit strukturellem Bezug umfassen, und drittens durch eine Verkürzung der Periodizität bei den Ergänzungserhebungen. Neben strukturellen Vorgängen trägt das neue Berichtssystem aber auch konjunkturellen Abläufen dadurch verstärkt Rechnung, daß in die Jahresherhebungen so wichtige Konjunkturindikatoren wie die Investitionen, die Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter sowie die Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern aufgenommen worden sind.

Das neue Berichtssystem

Trotz zusätzlicher Anforderungen an die Statistik brauchte das Grundmuster des Berichtssystems für den Handel und das Gastgewerbe nicht geändert zu werden. So gibt es auch künftig totale Bestandsaufnahmen in mehrjährigen Abständen sowie Monats-, Jahres- und Ergänzungserhebungen. Neu sind lediglich jährliche Erhebungen in der Handelsvermittlung und im Gastgewerbe; bisher gab es sie nur im Großhandel und im Einzelhandel.

Erwähnenswert ist hierbei, daß alle Erhebungen jetzt auf einem einzigen Gesetz basieren, und zwar dem Handelsstatistikgesetz vom 10. November 1978. Das alte Berichtssystem war durch drei verschiedene Rechtsgrundlagen geregelt, wobei die Totalerhebungen und die sie vertiefenden Ergänzungserhebungen auf Gesetzen beruhten, die jeweils erst für diesen Zweck geschaffen werden mußten. Grundlage für die monatlichen und jährlichen Erhebungen im Handel war das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten von 1960, für die monatliche Statistik im Gastgewerbe das Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, ebenfalls aus dem Jahr 1960.

Die Handels- und Gaststättenzählungen sind Totalerhebungen in den Bereichen Handel und Gastgewerbe. Sie schließen daher alle dem Erfassungsbereich zuzuordnenden Unternehmen mit sämtlichen Niederlassungen ein. Dem Zweck von Basiszählungen entsprechend beschränken sie sich auf wenige Grundmerkmale, wie Umsatz insgesamt und aufgegliedert nach wirtschaftlichen Tätigkeiten, tätige Personen, Rechtsform und Kapazitätsmerkmale (zum Beispiel Geschäftsfläche, Beherbergungskapazität). Außerdem werden Merkmale, die für die wirtschafts- und zusatzsystematische Zuordnung der Unternehmen und Niederlassungen unerläßlich sind, erhoben.

Neben der primären Aufgabe, Basisinformationen über den Handel und das Gastgewerbe zu liefern, dienen die Handels- und Gaststättenzählungen als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für die auf Stichprobenbasis durchzuführenden Monats-, Jahres-

und Ergänzungserhebungen. Darüber hinaus bildet das Anschriftenmaterial der Zählungen die Grundlage für die Kostenstrukturstatistiken aller Wirtschaftsbereiche.

Die erste Handels- und Gaststättenzählung des neuen Berichtssystems läuft zur Zeit bei den Statistischen Landesämtern. Sie bezieht sich auf das Jahr 1978. Die nächste Totalerhebung wird 1985 für das Jahr 1984 stattfinden. Danach sollen sich diese Zählungen in zehnjährigem Rhythmus wiederholen (siehe das Schema).

Das Kernstück des neuen Berichtssystems bilden die Jahreserhebungen, die gegenüber früher erheblich aufgewertet worden sind. So werden neben dem Umsatz, den Wareneinkäufen und den Lagerbeständen am Anfang und Ende eines Geschäftsjahres zukünftig noch die tätigen Personen, die Investitionen, die Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter, die Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern, die Lohn- und Gehaltssummen sowie der Umsatz nach der Art der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit erhoben (siehe Tabelle). Hierbei handelt es sich zum Teil um Merkmale, die früher nur in größeren Zeitabständen im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählungen erfaßt wurden.

Das neue Berichtssystem sieht ferner in Abständen von fünf bis sieben Jahren Ergänzungserhebungen vor, die sich auf die Zusammensetzung der Sortimente im Handel und Gastgewerbe und auf die Bezugs- und Absatzwege beziehen. Da sich diese Tatbestände nur allmählich ändern, genügt es, sie in mehrjährigen Abständen zu ermitteln.

Die monatlichen Erhebungen haben nach wie vor in erster Linie die Aufgabe, die kurzfristige Entwicklung im Handel und Gastgewerbe global aufzuzeigen. Es werden dabei nur der Umsatz sowie die Voll- und Teilzeitbeschäftigten ermittelt.

Die Monats-, Jahres- und Ergänzungserhebungen werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Auswahlgrundlage für die Stichproben sind jeweils die Handels- und Gaststättenzählungen. Die Berichtskreise für die drei Repräsentativerhebungen sind identisch. Ein Unternehmen, das zur Monatsstatistik berichtet, wird also auch zur Jahres- und Ergänzungserhebung befragt. Dadurch ist es möglich, die Ergebnisse der einzelnen Erhebungsteile miteinander zu verknüpfen.

Abgrenzung des Erhebungsbereichs

Erhebungseinheit, also die Institution, bei der Daten über den Handel und das Gastgewerbe erhoben werden, ist das Unternehmen. Hierunter versteht man die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- oder steuerrechtlichen Gründen laufend die geschäftlichen Vorgänge aufzeichnet und Jahresabschlüsse tätigt. Nun gibt es zahlreiche Unternehmen, die in verschiedenen Wirtschaftsbereichen tätig sind. So übt zum Beispiel ein Kfz-Händler, der gleichzeitig eine Werkstatt betreibt, sowohl Handelstätigkeit als auch verarbeitende Tätigkeit aus. In diesen Fällen wird das betreffende Unternehmen dem Wirtschaftsbereich zugeordnet, aus dem die größte Wertschöpfung resultiert. Dabei werden zur Schwerpunktbestimmung

D 5107

Die Erhebungen im Handel und Gastgewerbe und ihr Rhythmus

Totalerhebung

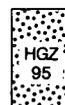
Handels- und Gaststättenzählung in allen Bereichen



6 Jahre



10 Jahre

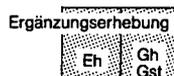
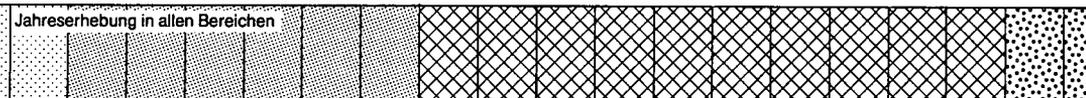


| 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 |

Monatserhebung in Großhandel (Gh), Einzelhandel (Eh), Gastgewerbe (Gst)

Repräsentativerhebungen

Gemeinsame Stichprobe jeweils aus der Totalerhebung



6 Jahre



5 - 7 Jahre



sämtliche Aktivitäten, bei Mehrbetriebsunternehmen also auch die Tätigkeiten der Niederlassungen, berücksichtigt.

Handel ist der Verkauf oder die Vermittlung von Handelsware. Handelswaren sind bewegliche Sachgüter, die fertig bezogen und ohne wesentliche Veränderung — das heißt nicht mehr als handelsüblich bearbeitet — weiter veräußert werden. Zu den „handelsüblichen Manipulationen“ gehören zum Beispiel das Zerteilen von Fleisch, das Mischen von Tee, das Rösten und Mahlen von Kaffee. Ferner gehören dazu Leistungen, die eng mit dem Absatz bestimmter Waren verbunden sind, wie das Anschließen von Elektrogeräten oder Sanitärobjekten an vorhandene Leitungen, der Einbau von Küchen. Die damit verbundenen Tätigkeiten werden ebenfalls zum Handel gerechnet.

Nicht zum Handel gehört der Absatz selbsthergestellter Erzeugnisse. Wenn also ein Bäcker eigene Erzeugnisse verkauft, so handelt es sich hierbei um eine Tätigkeit des verarbeitenden Gewerbes.

Nicht zum Handel gehören ferner zum Beispiel die Wartung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, die Reparatur und der Kundendienst bei Radio- und Fernsehgeräten, das Einpassen von Brillengläsern. Diese Tätigkeiten werden ebenfalls dem verarbeitenden Gewerbe zugerechnet, ebenso die dabei verwendeten Materialien. Ein Kühlschrank, für den ein elektrischer Anschluß gelegt werden muß, bleibt jedoch Handelsware, wohingegen die Anschlußarbeiten und die hierbei verwendeten Materialien dem verarbeitenden Gewerbe, in diesem Fall: dem Ausbaugewerbe, zugeordnet werden.

Innerhalb des Handels unterscheidet man Großhandel, Einzelhandel und die Handelsvermittlung. Großhandel ist der Verkauf von Handelsware an Unternehmen, die die Waren unverändert weiterverkaufen. Zum Großhandel rechnet aber auch der Absatz an Behörden sowie an Abnehmer, die die Waren, zum Beispiel Büromaterial, für betriebliche Zwecke verwenden. Einzelhandel ist demgegenüber der Verkauf von Handelsware an private Haushalte. Wird Handelsware an andere Abnehmer als private Haushalte in einer für den Einzelhandel typischen Vertriebsform (zum Beispiel Ladengeschäft) und in relativ kleinen Mengen verkauft, so ist dieser Absatz ebenfalls Einzelhandel. Auch Tankstellen einschließlich Agenturtankstellen, gehören zum Einzelhandel. Die Agenturtankstellen wurden in der bisher gültigen Systematik noch zur Handelsvermittlung gezählt. Da in der Systematik für die Europäischen Gemeinschaften (NACE) Agentur-

tankstellen Einzelhändler sind, wurden sie bei der Neufassung der Systematik der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik zum Einzelhandel umgesetzt.

Das ebenfalls im Rahmen des Berichtssystems für den Handel enthaltene Gastgewerbe ist als die Gewährung von Unterkunft für eine begrenzte Zeit gegen Bezahlung sowie die Abgabe von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle definiert.

Unternehmen, die nach dem beschriebenen Prinzip dem Handel oder Gastgewerbe zugeordnet worden sind, gehen mit allen ihren wirtschaftlichen Aktivitäten in die Erhebungen des Handels- und Gastgewerbes ein. Ausgenommen sind lediglich land- und forstwirtschaftliche Aktivitäten von Handels- oder Gastgewerbeunternehmen. Wenn also der gesamte Umsatz der Unternehmen mit Schwerpunkt im Handel dargestellt wird, sind darin auch die bereichsfremden Umsätze der Unternehmen mit gemischten Funktionen enthalten. In der Zahl der tätigen Personen sind dementsprechend auch diejenigen Personen enthalten, die nicht für den Handel oder das Gastgewerbe tätig sind. Dies gilt analog für alle quantifizierbaren Größen.

Die Erfassung des Unternehmens im Ganzen schließt einen differenzierten Nachweis der reinen Handels- und Gastgewerbefunktionen jedoch nicht aus. Wenigstens zu einem Merkmal, dem Umsatz, werden nämlich im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählungen und der Jahreserhebungen Angaben in der Gliederung nach Hauptwirtschaftsbereichen verlangt, so daß hieraus der Umfang der reinen Handelstätigkeit und der reinen Gastgewerbetätigkeit abgelesen werden kann, womit gleichzeitig der Umfang der bereichsfremden Aktivitäten der gemischten Unternehmen mit Schwerpunkt im Handel oder Gastgewerbe fixiert ist. Im Rahmen der Handels- und Gaststättenzählungen ist der Nachweis über den Umfang des „funktionalen“ Handels- und Gastgewerbes sogar bis zur Ebene der Niederlassungen möglich.

Die Handels- und Gastgewerbetätigkeiten von Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Handels- oder Gastgewerbes werden durch die Handels- und Gastgewerbestatistiken nicht erfaßt. Sie bleiben jedoch nicht unerfaßt, sondern gehen in andere Bereichsstatistiken ein.

Erhobene Tatbestände

Die folgende Übersicht enthält nahezu alle Tatbestände, die im Rahmen des neuen Berichtssystems erhoben

ben werden. Unter ihnen sind Merkmale, die in allen vier Erhebungsbereichen vorkommen, zum Beispiel die tätigen Personen und der Umsatz. Es gibt aber auch bereichsspezifische Merkmale, die nur für bestimmte Teilbereiche interessant sind; so wird der Inlandsumsatz nach Abnehmergruppen nur im Großhandel erhoben.

Zu einzelnen Merkmalen seien im folgenden noch einige Erläuterungen gegeben. Die tätigen Personen umfassen den gesamten Personalbestand eines Unter-

nehmens oder einer Niederlassung. Dazu zählen also tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und sämtliche Arbeitnehmer, ferner auch vorübergehend abwesende Personen und Teilzeitbeschäftigte.

Der Umsatz schließt Erlöse aus Kommissions- und Streckengeschäften, Provisionen und Kostenvergütungen aus der Vermittlung von Waren ein. Dagegen sind Erlöse aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit

Erhobene Tatbestände im Berichtssystem für den Handel und das Gastgewerbe

Merkmal	Handels- und Gaststätten- zählungen		Monats-*	Jahres- erhebungen	Ergänzungs-*
	Arbeits- stätten	Unter- nehmen			
Tätige Personen insgesamt	X	X		X	
Vollbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte	X	X	Gh, Eh, Gst		
Arbeitnehmer	X	X		X	
Umsatz insgesamt	X	X	Gh, Eh, Gst	X	
nach ausgeübten Tätigkeiten (zum Beispiel Großhandel)	X	X		X	
Warengruppen	Gh, Hv, Eh	Gh, Hv, Eh		Gh, Eh	
Absatzformen (zum Beispiel Versandhandel)		Eh		Gh, Eh	
Umsatzarten (zum Beispiel aus Beherbergung)				Gst	
Inlandsumsatz nach Abnehmergruppen					Gh
Verkaufserlöse aus dem Abgang von Anlagegütern				X	
Gegen Provision vermittelter Warenumsatz insgesamt		Gh, Hv		Gh, Hv	
nach Warengruppen				Hv	
Waren- und Materialbestände				X	
Waren- und Materialeingang				X	
Inlandsbezüge nach Lieferantengruppen					Gh, Eh
Zusammensetzung des Warensortiments					Gh, Eh, Gst
Investitionen				X	
Aufwendungen für gemietete oder gepachtete Anlagegüter				X	
Aufwendungen für an andere Unternehmen vergebene Lohnarbeiten				Gh, Eh	
Lohn- und Gehaltssummen				X	
Geschäftsfläche	Eh				
Verkaufsfläche	Eh				
Verfügbare Parkfläche	Gh, Eh				
Fremdenzimmer	Gst				
Fremdenbetten	Gst				
Ferienhäuser, -wohnungen	Gst				
Beteiligungsverhältnisse		Gh, Eh			
Vertriebsform (zum Beispiel Ladengeschäft)	Eh				
Bedienungsform	Gh, Eh				
Örtliche Lage	Gh, Eh				
Rechtsform		X			

*) keine Erhebung im Bereich Handelsvermittlung

Erläuterung: X = Erfassung für alle vier Bereiche; Gh = Großhandel, Hv = Handelsvermittlung, Eh = Einzelhandel, Gst = Gastgewerbe

sowie außerordentliche und betriebsfremde Erträge im Umsatz nicht enthalten. Die Aufgliederung des Umsatzes nach Absatzformen in den jährlichen Erhebungen bezieht sich im Großhandel auf die Unterteilung in Lager- und Streckengeschäft, im Einzelhandel auf die Unterteilung in stationären Handel, Versandhandel und ambulanten Handel.

Bei der Aufgliederung des Großhandelsumsatzes nach Abnehmergruppen geht es um die Frage, welche Bedeutung die einzelnen Wirtschaftsbereiche, also beispielsweise die Landwirtschaft, das verarbeitende Gewerbe oder der Einzelhandel als Abnehmer für den Großhandel haben.

Als Waren- und Materialbestände zählen nur Waren zum Wiederverkauf oder zur gewerblichen Weiterverarbeitung, nicht jedoch die zur Verwendung im eigenen Unternehmen bestimmten Vorräte an Betriebsstoffen, wie Büromaterial oder Brenn- und Kraftstoffe. Gleiches gilt für die Wareneinkäufe.

Ergebnisdarstellung

Zu den Handels- und Gaststättenzählungen werden sämtliche Unternehmen mit Schwerpunkt im Handel oder Gastgewerbe herangezogen. Daher können Ergebnisse bis hinunter zur denkbar kleinsten regionalen Einheit erstellt werden. Einer sehr feinen regionalen Gliederung sind jedoch durch den Datenschutz Grenzen gezogen, denn Ergebnisse dürfen im Fall der Handels- und Gastgewerbestatistiken nur dann veröffentlicht oder weitergegeben werden, wenn Angaben von mindestens drei Unternehmen vorhanden sind. Bei weniger Unternehmen ist die regionale Einheit so zu erweitern, daß es drei oder mehr werden. Dabei besteht eine Wechselwirkung zwischen regionaler und fachlicher Gliederung: Je feiner die fachliche Gliederung sein soll, um so gröber muß im allgemeinen die regionale Gliederung sein, und umgekehrt.

In den Repräsentativerhebungen ist eine tiefe regionale Gliederung der Ergebnisse nicht möglich. Sie ist aber auch nicht beabsichtigt. Die kleinste regionale Darstellungseinheit ist hier das Bundesland.

Wenn Ergebnisse für Unternehmen regional unterteilt werden, muß berücksichtigt werden, daß sämtliche Aktivitäten des Unternehmens der Gebietseinheit seines Hauptsitzes zugerechnet werden, also auch solche, die durch Niederlassungen außerhalb dieses Gebiets getätigt worden sind. Bei einem Nachweis von Unternehmensergebnissen in der Gliederung nach Bundes-

ländern wird also zum Beispiel der Umsatz, den die Karstadt-Niederlassungen in Schleswig-Holstein erzielen, dem Bundesland Nordrhein-Westfalen zugerechnet werden, da dort das Unternehmen Karstadt seinen Sitz hat.

Sollen die regionalen Einheiten nur die auf sie entfallenden Aktivitäten enthalten, müssen die Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen gesondert erfaßt werden. So geschieht es bei den Handels- und Gaststättenzählungen und bei den Monatsstatistiken, nicht jedoch bei den Jahres- und Ergänzungserhebungen. Daraus folgt, daß auch nur die Handels- und Gaststättenzählungen und die Monaterhebungen länderscharf abgegrenzte Ergebnisse liefern können.

Für die Handels- und Gaststättenzählungen sind neben der regionalen Gliederung noch andere Gliederungen vorgesehen, die auch auf der Länderebene realisiert werden können, so die Gliederung nach Wirtschaftsklassen sowie nach Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen. Es werden darüber hinaus auch bereichsspezifische Gliederungen berücksichtigt, wie die Gliederung der Ladengeschäfte nach der Größe der Verkaufsfläche oder die Gliederung der Betriebsarten des Beherbergungsgewerbes nach der Zahl der verfügbaren Fremdenzimmer und Fremdenbetten.

Ergebnisse aus Repräsentativerhebungen haben naturgemäß eine geringere Genauigkeit als Ergebnisse aus Totalerhebungen. Daher sind in den Repräsentativerhebungen einer tiefen fachlichen Gliederung der Ergebnisse von vornherein enge Grenzen gesetzt. Je kleiner dabei die regionale Einheit ist, um so geringer ist der Spielraum für fachliche Gliederungen. Dieser Gesichtspunkt hat im neuen Berichtssystem dadurch an Bedeutung gewonnen, daß die Zahl der im Rahmen der Repräsentativerhebungen erfaßten Unternehmen gegenüber dem bisherigen Konzept erheblich reduziert worden ist. Während vor der Einführung des neuen Berichtssystems im Einzelhandel der Bundesrepublik maximal 40 000 Unternehmen und im Gastgewerbe maximal 15 000 Unternehmen befragt werden durften, liegen die Erfassungsobergrenzen jetzt bei 25 000 und 8 000 Einheiten. Hierdurch sind Landesergebnisse nur noch in sehr grober fachlicher Gliederung möglich.

Karlheinz König

Vergleiche auch: „Neues statistisches Berichtssystem im Handel und Gastgewerbe“ in Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1978, S. 679.

In Verbindung mit der „Grafik des Monats“:

Allgemeine Flächenerhebung 1979

Im Jahre 1979 wurde erstmals eine allgemeine Erhebung der Nutzung der Bodenflächen nach ihrer Belegenheit durchgeführt. Gemäß der Neufassung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21.8.1978 ersetzt die allgemeine Flächenerhebung die bisherige jährliche allgemeine Bodennutzungsvorerhebung, durch die bis 1978 alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und alle Gemeinden am **Betriebsort** nach den Bewirtschaftungs- und Hauptnutzungsarten der Bodenflächen befragt wurden. Infolge des hierbei angewandten Betriebsprinzips ergaben sich zwischen diesen und den Katasterflächen derselben Gemeinde stets Abweichungen, da land- und forstwirtschaftliche Flächen über administrative Grenzen hinweg bewirtschaftet werden. Diese Differenzen wirkten sich zwar im Landesergebnis nur gering aus, traten aber in kleinräumlicher Gliederung stärker hervor. Zudem ist der Nutzungsartenkatalog der Bodennutzungserhebungen im wesentlichen an der Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ausgerichtet und berücksichtigt Gesichtspunkte der Raumordnung, Wirtschafts- und Landschaftsplanung nur sekundär und unzureichend.

Durch die Neufassung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung wurde der Erfassungsbereich der Bodennutzungserhebung begrenzt auf Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche, die ganz oder teilweise land-/forstwirtschaftlich genutzt wird, sowie auf andere Betriebe mit bestimmten pflanzlichen und tierischen Mindesterzeugungseinheiten. 1979 bewirtschafteten diese Betriebe 1,33 Mill. ha oder 85 % der Katasterfläche Schleswig-Holsteins. Die Erfassung von land- und forstwirtschaftlichen Kleinstflächen und anderen Bodenflächen — hierzu gehört der größte Teil der Siedlungs- und Wasserflächen — entfällt damit; dies waren 1979 243 000 ha. Die wesentliche Aufgabe der Bodennutzungserhebung liegt in der Feststellung der Betriebsstruktur (Betriebsgröße, Betriebstypen) und der pflanzenbaulichen Produktionsgrundlagen.

Die allgemeine Flächenerhebung, die nach 1979 wieder 1981 und danach alle 4 Jahre vorgesehen ist, berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse von Verwaltung und Wirtschaft für die regionale Planung. Durch Anwendung des **Belegenheitsprinzips** wird die tatsächliche Lage der Flächen auf allen Ebenen der regionalen Gliederung — von den Gemeinden bis hin zu den Län-

dern — widergespiegelt. Ein Vergleich zu früheren allgemeinen Bodennutzungserhebungen ist nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die Einteilung der Bodenflächen nach der Nutzungsart richtet sich bei der Flächenerhebung — in vereinfachter Form — nach dem 1966 von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen (AdV) für das Liegenschaftskataster neu erarbeiteten, in Schleswig-Holstein noch nicht eingeführten Realnutzungskatalog, wobei von seinen drei Gliederungsebenen vor allem die oberste und teilweise die zweite als Unterposition ausgewählt wurden (siehe Tabelle). Damit werden die wesentlichen Nutzungsformen von Natur- und Kulturlandschaften und Siedlungsgebieten erfaßt. Diese Einteilung entspricht nur teilweise dem Realnutzungskatalog des Reichskatasters, nach dem das Liegenschaftskataster Schleswig-Holstein zur Zeit noch geführt wird, und deckt sich ebenfalls nur teilweise mit den Einzelpositionen der Bodennutzungserhebungen.

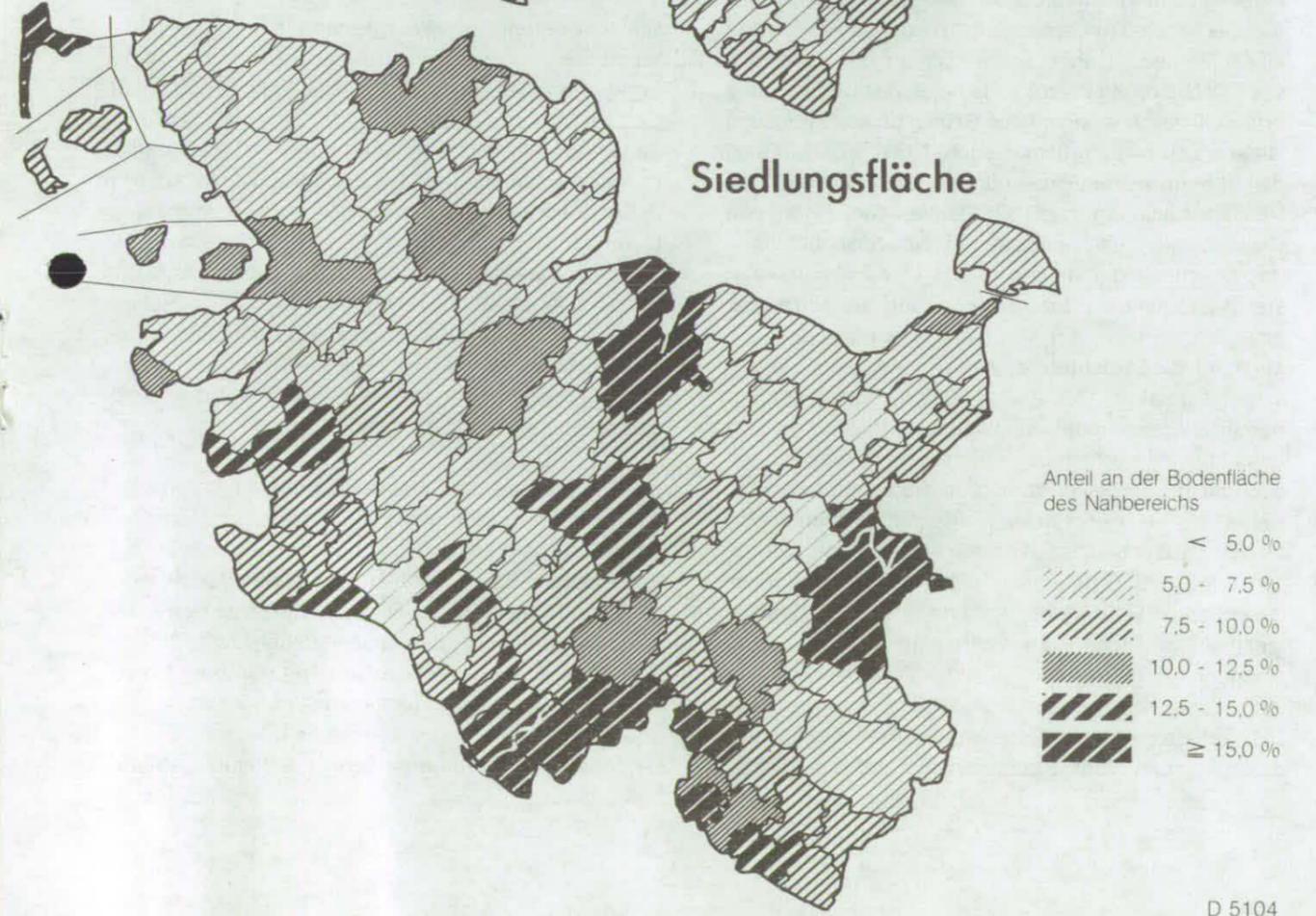
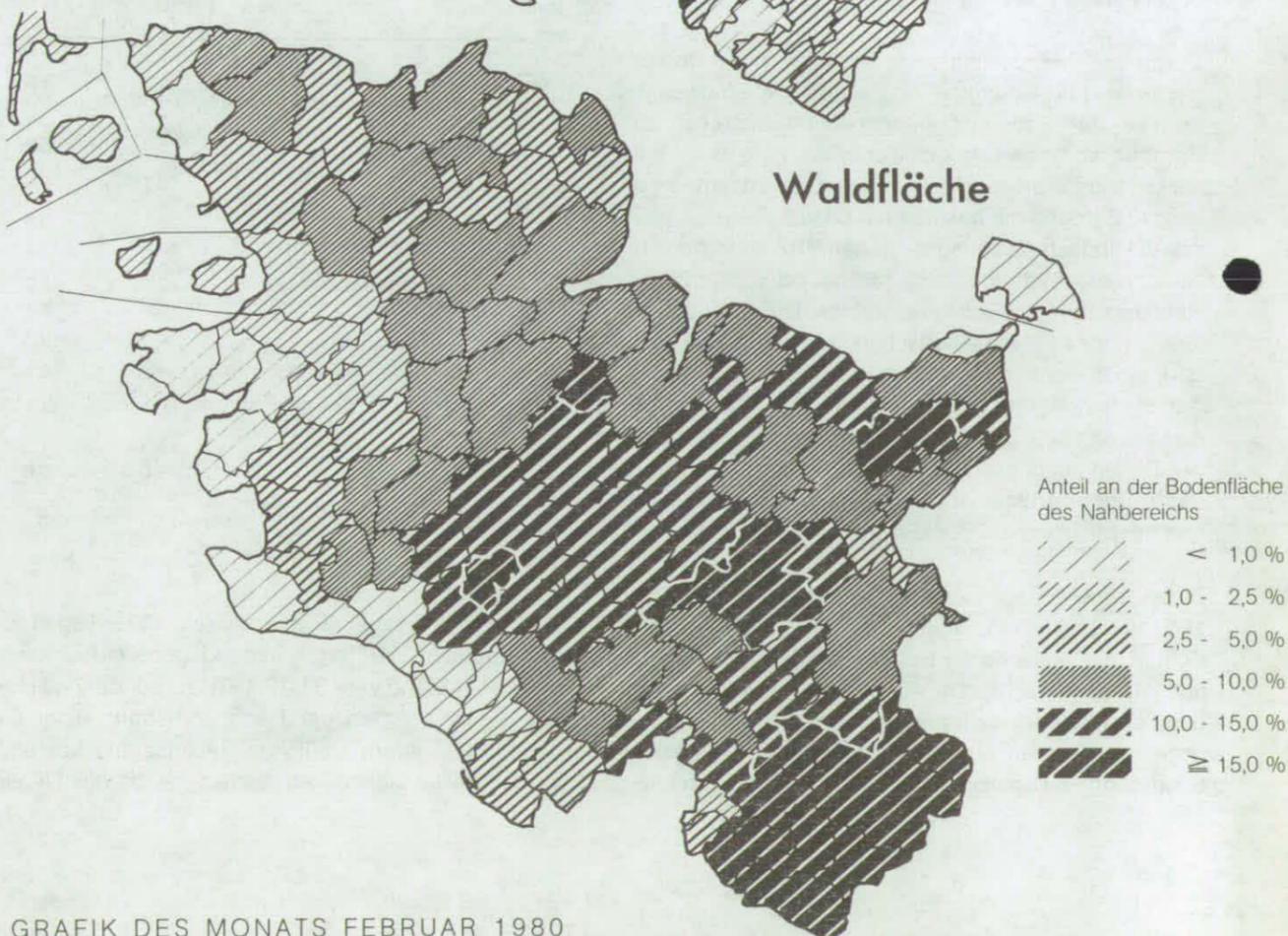
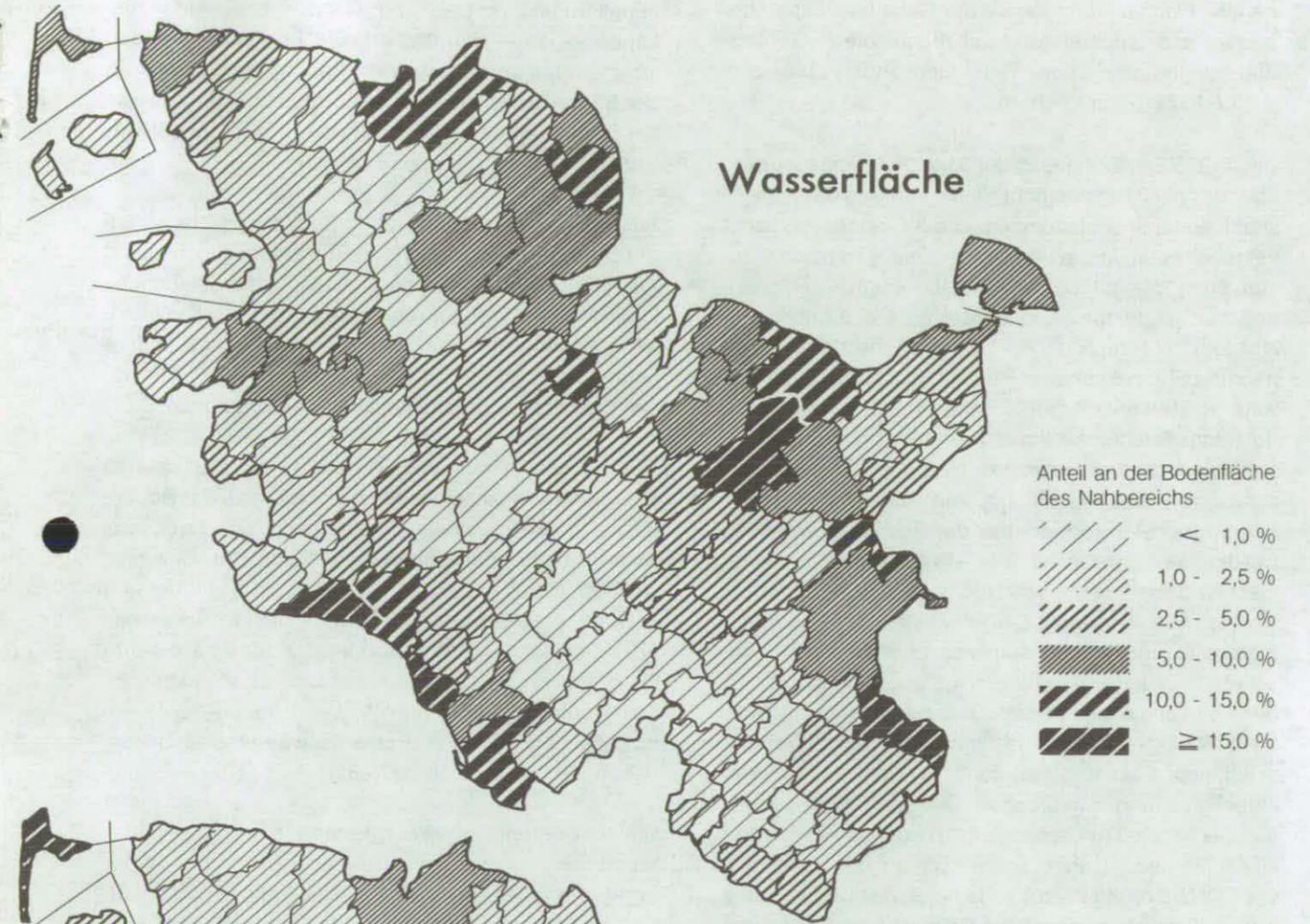
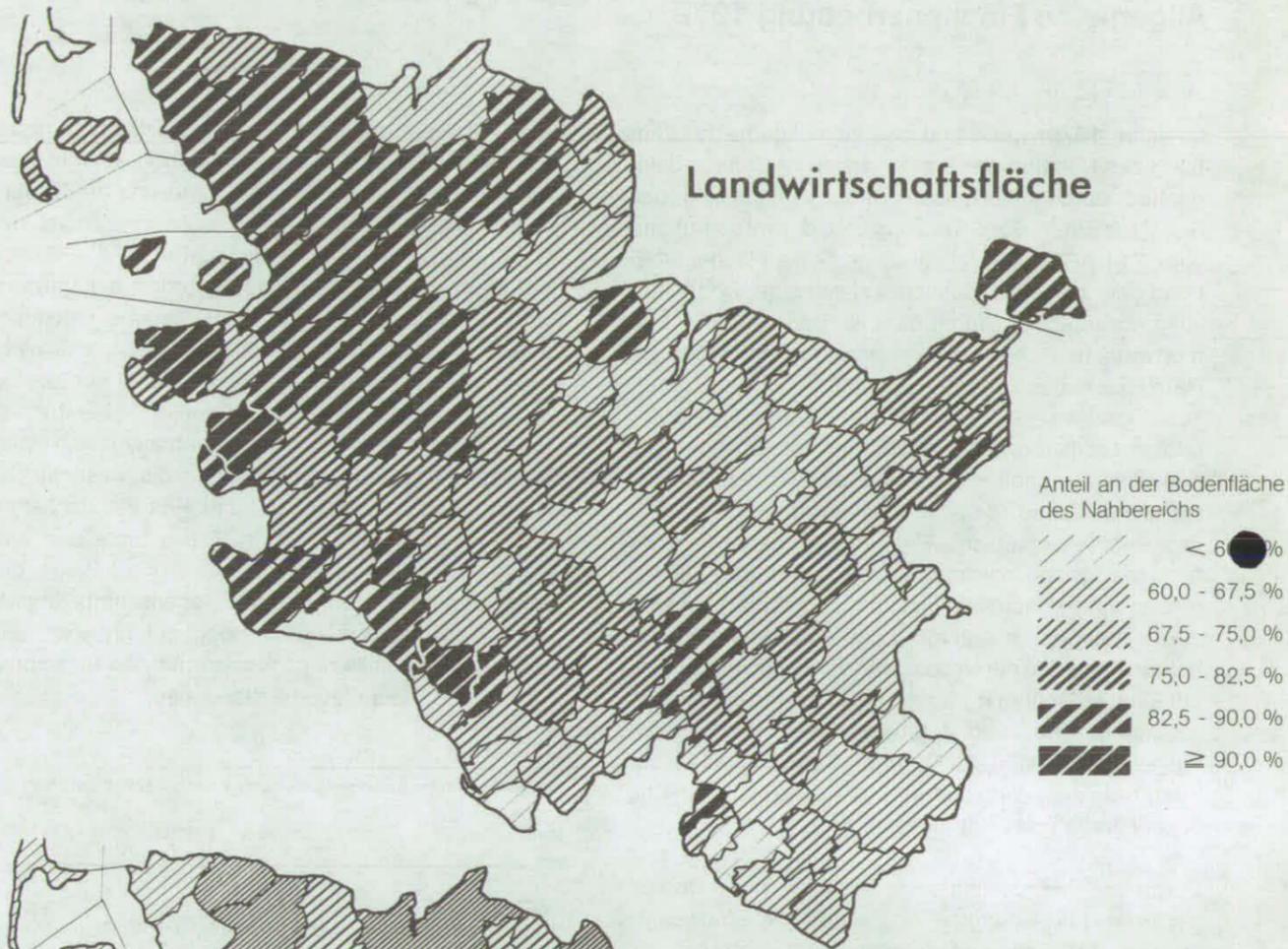
Die Bodenfläche Schleswig-Holsteins nach der Nutzungsart

Nutzungsart	1 000 ha	%
Gebäude und Freifläche	75,7	4,8
Betriebsfläche	8,0	0,5
darunter Abbauland	5,0	0,3
Erholungsfläche	9,7	0,6
Verkehrsfläche	59,5	3,8
darunter Straßen, Wege, Plätze	54,9	3,5
Landwirtschaftsfläche	1 192,1	75,9
darunter Moor	10,6	0,7
Heide	6,8	0,4
Waldfläche	136,6	8,7
Wasserfläche	69,7	4,4
Flächen anderer Nutzung	19,6	1,2
darunter Unland	9,6	0,6
Gesamtfläche	1 570,9	100

Der Flächenerhebung des Jahres 1979 liegen die Eintragungen im amtlichen Liegenschaftskataster nach dem Stand vom 31.12.1978 zugrunde. Zwischen den Gesamtflächen der Flächenerhebung einer Gemeinde und ihrem amtlichen Gebietsstand bestehen in Einzelfällen kleinere Abweichungen, da das Liegen-

Die Nutzung der Bodenfläche Schleswig-Holsteins nach Nahbereichen am 1.1.1979

Endgültig vermessen und im Liegenschaftskataster eingetragen bis zum 31.12.1978



schaftskataster nur alle bis zu dem betreffenden Auszugsstand „endgültig vermessenen und eingetragenen“ Flächenänderungen, die Gebietsstatistik aber bereits alle „rechtskräftig veröffentlichten“ Gebietsänderungen zwischen den Gemeinden bis zum 31.12.1978 berücksichtigt.

Die für die Erhebung erforderlichen Auskünfte wurden über das nach Landesrecht für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständige Landesvermessungsamt eingeholt, auf dessen Anweisung die 17 regional zuständigen Katasterämter die benötigten Flächenangaben gemeindeweise auflisteten. Da in Schleswig-Holstein die Hauptübersicht der Liegenschaften noch nach dem Reichskataster-Realnutzungskatalog geführt wird, mußten neben einfachen Umschlüsselungen von deckungsgleichen Merkmalspositionen oder -gruppen auf den AdV-Realnutzungskatalog verschiedene Nutzungsarten durch Schätzung mit Hilfe von Katasterkarten und Standortkenntnis der Bearbeiter ermittelt werden. Bei annähernd 3 % der Gemeinden, deren Flächen ohne Angabe von Nutzungsarten in der sogenannten Abteilung B des Liegenschaftskatasters aufgeführt sind, mußte die Aufgliederung vollständig geschätzt werden. Anzumerken wäre auch, daß die in der Abteilung A des Liegenschaftskatasters registrierten Nutzungsarten — da eine regelmäßige Neueinschätzung (Feldvergleich) fehlt — nicht immer dem aktuellen Stand entsprechen. Dies trifft zum Beispiel für „Gebiete in Flurbereinigung“ zu, da die Abwicklung eines Flurbereinigungsverfahrens von der Einleitung und Durchführung bis zur vorläufigen Besitzeinweisung und schließlich endgültigen Grundstücksabgrenzung längere Zeit beansprucht. Neuere Nutzungsarten werden aber im wesentlichen nur aufgrund von amtlichen Neuvermessungen nach Größenveränderungen von Grundstücken und anhand von Neueinschätzungen der Oberfinanzdirektionen in das Liegenschaftskataster aufgenommen. Eine Überprüfung der Nutzungsarten wäre — bei 1,6 Mill. Flurstücken im Lande — nur durch die Einrichtung eines automatisierten Liegenschaftskatasters, das in einzelnen Bundesländern bereits Eingang findet, möglich. Doch sollten die von den aktuellen Verhältnissen möglichen Abweichungen auch nicht überbewertet werden. So liegen beispielsweise die bei der totalen Bodennutzungserhebung 1978 und die bei der allgemeinen Flächenerhebung 1979 — zwei Erhebungen mit ganz verschiedener Datenherkunft (Betriebe, Katasterämter) — festgestellten Waldflächen um nicht mehr als 0,5 % auseinander.

Die von den Katasterämtern gelieferten Gemeindedaten wurden vom Statistischen Landesamt nach

eingehender Prüfung auf Vollständigkeit und Plausibilität nach Kreisen, Naturräumen, Gemeinden, Planungsräumen, Mittel- und Nahbereichen und zum Landesergebnis auf tabelliert. Die Ergebnisse wurden in einem neuen Statistischen Bericht „Nutzungsarten der Bodenflächen in Schleswig-Holstein — Ergebnisse der Flächenerhebung 1979“ (C I/S — 1979) veröffentlicht.

Aus der Tabelle werden die in Schleswig-Holstein auf die einzelnen Nutzungsarten entfallenden Flächen und Anteile ersichtlich. Von der Gesamtfläche des Landes (1,57 Mill. ha) sind gut drei Viertel (1,19 Mill. ha) Landwirtschaftsflächen, 15 % Wald-, Wasser- und andere Grün- und Freiflächen (236 000 ha) sowie 9 % Gebäude-, Betriebs- und Verkehrsflächen (143 000 ha).

Wie aus der „Grafik des Monats“ hervorgeht, zeigen die Anteile der einzelnen Nutzungsarten an der Bodenfläche starke regionale Unterschiede. Die **Landwirtschaftsflächen** erreichen in den von den Ballungsräumen weiter entfernten Gebieten — besonders im Westen und Norden Schleswig-Holsteins — ihren größten Flächenanteil. Besonders niedrig ist er — vom Nordwesten zum Südosten des Landes absinkend — erwartungsgemäß in Gebieten, wo neben den Siedlungsflächen auch Wald oder Gewässer eine besonders hohe Flächendichte erreichen.

Die Verbreitung der **Waldflächen** hat neben naturräumlichen in erheblichem Maße historische, in der Entwicklung der Agrarwirtschaft (bäuerliche Wirtschaft, Gutsherrschaft) liegende Gründe. In den südöstlichen Landesteilen erreicht der Wald seine höchsten Anteile, so im Kreis Lauenburg 24 % der Bodenfläche. Auch im mittel- und ostholsteinischen Raum liegt die Walddichte deutlich über dem Landesdurchschnitt, und zwar mit Schwerpunkten um den Bungsberg, das Westenseegebiet sowie die Räume Itzehoe/Hohenwestedt und Neumünster/Segeberg. Bodenkundliche, hydrologische und klimatische Gründe erschweren Aufforstungen in der Marsch, so daß hier der Waldanteil weniger als 1 % beträgt.

Die Verbreitung der **Wasserflächen** ist im wesentlichen naturräumlich geprägt; sie treten im Hügelland (eiszeitlich bedingt) und in der Marsch (Entwässerung) besonders hervor. Daneben bestimmen Buchten der Nord- und Ostsee sowie Flüsse und Kanäle den Anteil der Wasserflächen in den verschiedenen Landschaften. In der Mitte des Landes verläuft von Hamburg bis zur dänischen Grenze die Trockenzone der Geest.

Der Anteil der **Siedlungsfläche** (Gebäude, Betriebe,

Verkehr) an der Bodenfläche steht in enger Beziehung zur Bevölkerungsdichte und ist dementsprechend in den Nahbereichen der kreisfreien Städte und im Hamburger Umland besonders hoch. Aber auch die Einzugsbereiche der im Landesraumordnungsplan als Mittelzentren ausgewiesenen Städte und die Urlaubsgebiete an Nord- und Ostsee setzen sich punktuell von den rein ländlichen Gebieten ab.

Bei einem Vergleich der vier Karten miteinander ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß die einzel-

nen Rasterstufen zwar in allen Karten gleich aussehen, aber durchaus verschiedene Anteilswerte bedeuten. So wird die höchste Flächendichte zum Beispiel bei der Landwirtschaftsfläche erst oberhalb 90 % erreicht, bei den übrigen schon ab 15 %. Dagegen reicht die geringste Stufe bei der Landwirtschaftsfläche bis 60 %, bei der Siedlungsfläche bis 5 % und bei Wald- und Wasserflächen nur bis 1 %.

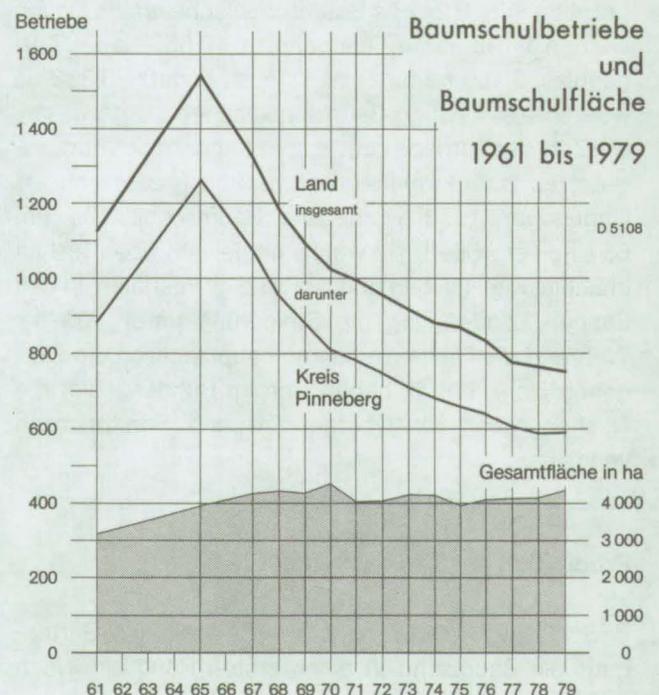
Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Die Baumschulen Schleswig-Holsteins

Bei den Baumschulkulturen handelt es sich um einen hochgradig spezialisierten Pflanzenbau. Die Anzucht dieser Pflanzen erstreckt sich über mehrere Vegetationsperioden, und eine Vielzahl von Gehölzarten wird unterschiedlicher Zweckbestimmung zugeführt. Die Erträge können statistisch nicht nach Gewicht oder anderen Einheiten ermittelt werden. Um dennoch zu einer einigermaßen objektiven Produktionsbeurteilung zu kommen, hat der Gesetzgeber im § 2 des Gesetzes über die Bodennutzungs- und Ernteerhebung angeordnet, daß im Juli eines jeden Jahres in den Baumschulen des Landes die Bestände nach Gehölzarten gezählt werden. Dazu ist ein weit gefächerter Merkmalskatalog notwendig. Darin enthalten sind die Baumschulflächen, die Bestände an Obstgehölzen, Ziergehölzen und Forstpflanzen nach ihrer Art und Anzuchtmerkmalen. Die Erhebung erfolgt durch die Gemeinden bei allen Baumschulbetrieben.

Die Anzahl der erfaßten Baumschulbetriebe unterlag seit Beginn der Erfassung im Jahre 1961 bis zum Jahre 1965 großen Schwankungen. Seit dieser Zeit nimmt die Zahl der Betriebe stetig ab. Aus dem Bild kann die Entwicklung der Betriebszahl abgelesen werden. Vergleicht man mit der höchsten Betriebsanzahl — 1965, als 1 545 Baumschulen erfaßt wurden — dann verringerte sich die Zahl der Betriebe bis 1979 um 51 %. Innerhalb der letzten 14 Jahre sind über die Hälfte aller Baumschulbetriebe des Landes aus der Produktion ausgeschieden.

Demgegenüber verläuft die Entwicklung der Baumschulfläche leicht steigend. Während 1965 insgesamt 3 936 ha mit Baumschulkulturen bestellt wurden, sind es 1979 4 320 ha. Also vergrößerte sich in den letzten Jahren die Fläche um rund 10 %. Dazwischen gab es aber große Schwankungen in der Flächennutzung. Dennoch spricht der Trend für eine weitere Flächenausdehnung der Baumschulbetriebe.



Bekanntlich befinden sich die meisten Baumschulbetriebe des Landes im Kreis Pinneberg. Ihre Veränderungen haben ausschlaggebenden Anteil am Gesamtergebnis des Landes. Die Anzahl der Baumschulen in den übrigen Kreisen schwankt weniger stark. Einen weiteren nennenswerten Anteil an Baumschulen finden wir in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Steinburg.

An der Gesamtzahl der Baumschulbetriebe des Landes hatten die einzelnen Gebiete folgende Anteile (in %):

	1965	1979
<i>Kreisfreie Städte</i>	1,5	2,0
<i>Pinneberg</i>	81,7	78,5
<i>Rendsburg-Eckernförde</i>	3,2	3,9
<i>Segeberg</i>	2,7	3,2
<i>Steinburg</i>	2,5	3,9
<i>Übrige Kreise</i>	8,4	8,5

Deutlich ist die Zunahme des Anteils an Baumschulbetrieben im Kreis Steinburg abzulesen. Der Anteil des Kreises Pinneberg hat sich in den letzten 14 Jahren um 3,2 Prozentpunkte zugunsten der übrigen Kreise verringert. Hier nimmt die Zahl der Betriebe stärker ab als in den übrigen Kreisen des Landes. In die Kreise Segeberg und Steinburg werden aus dem Kreis Pinneberg Baumschulen ausgesiedelt. Im Kreis Pinneberg hat die Anzahl der Baumschulbetriebe seit 1965 ständig abgenommen. 1979 wurde erstmals die Anzahl der Betriebe des Vorjahres nicht unterschritten.

Im Bundesgebiet wurden 1979 4 495 Baumschulbetriebe mit 18 242 ha Baumschulfläche erfaßt. Davon werden 1 196 ha für Obstgehölze, 10 557 ha für Ziergehölze, 3 156 ha für Forstpflanzen genutzt. 3 333 ha werden als sonstige Baumschulflächen ausgewiesen. Die Zahl der Betriebe geht in allen Ländern des Bundesgebietes zurück, mit Ausnahme von Niedersachsen. Gegenüber 1978 wurde die Baumschulfläche um 651 ha vergrößert, sie wuchs um jeweils über 190 ha in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. In den übrigen Ländern lag die Steigerung unter 100 ha. Während die Flächenzunahme hauptsächlich die Ziergehölzfläche betraf, haben sich im Bundesgebiet die Flächengrößen für Obstgehölze und Forstpflanzen verkleinert.

Produktion der Baumschulen

In Schleswig-Holstein nehmen innerhalb des Gartenbaus die Baumschulen einen ersten Rang ein. Nach

Berechnungen des MELF¹ betragen die Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Baumschulen im Wirtschaftsjahr 1977/78 271 Mill. DM. Das sind rund 18 % des Verkaufserlöses für pflanzliche Erzeugnisse in der gesamten Landwirtschaft und fast 6 % der Verkaufserlöse insgesamt (einschließlich tierischer Erzeugnisse). Innerhalb des Gartenbaus haben die Baumschulen einen Anteil von 56 % der Verkaufserlöse.

Die Baumschulen Schleswig-Holsteins erzeugten 41 % der gesamten Verkaufserlöse für Baumschulerzeugnisse im Bundesgebiet. Die Verkaufserlöse errechnen sich aus den verkauften Mengen multipliziert mit den einzelnen Erzeugerpreisen. Im einzelnen ist die Mengen- und Preisentwicklung von Produkt zu Produkt sehr unterschiedlich.

Die Steigerungsquote der Verkaufserlöse für Baumschulerzeugnisse betrug zwischen den Wirtschaftsjahren 1976/77 und 1977/78 13,8% im Bundesgebiet und 12 % im Land. Diese unterschiedliche Steigerungsquote dürfte ihre Ursache in den hohen Rabattsätzen gegenüber den Listenpreisen haben, die in Schleswig-Holstein gewährt werden, weil die hiesigen großen Baumschulen ihre Produkte hauptsächlich an Wiederverkäufer abgeben. Auf die steigenden Verkaufserlöse haben neben den Verkaufspreisen die erfaßten Pflanzenbestände wesentlichen Einfluß. Um zu einer objektiven Produktionsbeurteilung zu kommen, sollen im folgenden die Bestände von 1979 näher beschrieben werden.

Pflanzenbestände

In der amtlichen Statistik werden drei Gehölzarten unterschieden, und zwar Obstgehölze, Ziergehölze und Forstpflanzen. Zur übersichtlichen Entwicklungsdarstellung der erfaßten Pflanzenbestände und zur besseren Vergleichbarkeit wurde eine Meßziffergrafik gewählt. Die Meßzahl mit dem Wert 100 für das Jahr 1975 ist für die letzten zehn Jahre berechnet worden.

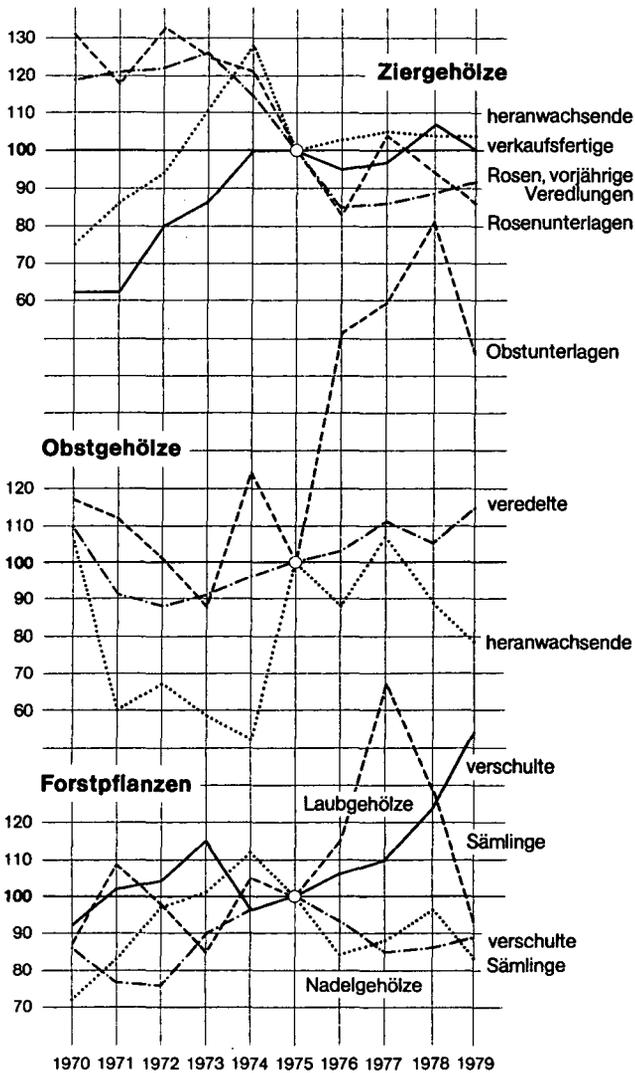
Wie die sich verringernde Fläche für Obstgehölze, so nehmen auch die Bestände an Obstgehölzen stetig ab. Dabei machen die Bestände an veredelten Obstgehölzen mit Krone und Beerensträuchern sowie die Obstunterlagen eine Ausnahme. Diese Pflanzenbestände nehmen seit 1975 ständig zu.

1) Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, „Schleswig-Holstein im Agrarbericht 1979“, Kiel, 30. März 1979

Entwicklung der Pflanzenbestände in Baumschulen

in Meßziffern, 1975 \triangle 100

D 5109



sich seit 1976 wieder eine zwar langsame, aber stetige Zunahme ablesen. Dazu gehören u. a. die veredelten Rosenstämme (nicht Okulate), die großblumigen Buschrosen, die Polyanthrosen sowie die Kletter- und Parkrosen. Im Kreis Pinneberg stehen 86 % der Rosen, die 1978 veredelt wurden. Der Anteil des Kreises am Bundesgebiet beträgt bei diesen Rosen 36 % und der des Landes rund 42 %.

Bei den Rosenunterlagen ist ein weiterer Bestandsrückgang zu verzeichnen, allerdings unterschiedlich bei den einzelnen Arten. Während bei Edelcanina (einschließlich *Rosa pollmeriana*) und *Rosa laxa* nur geringe Abnahmen erfaßt wurden, verringerten sich die Bestände an *Rosa multiflora* um 25 %. Über 97 % der gesamten Rosenunterlagen des Landes wurden im Kreis Pinneberg erfaßt. Diese Bestände haben an denen in der ganzen Bundesrepublik einen Anteil von rund 90 %.

Pflanzenbestände in den Baumschulen 1979

	Bundes-	Darunter	
	gebiet	Schleswig-Holstein	
	Mill. Stück		%
Obstgehölze, Obstunterlagen und Beerensträucher ¹	27,0	9,8	36
Ziergehölze für Straßen, Parks und Gärten, verkaufsfertig	167,2	53,4	32
Rosen	32,8	13,7	42
Rosenunterlagen ohne Caninastämme	64,7	59,7	92
Forstgehölze	1 377,3	700,1	51
darunter Nadelgehölze	1 122,1	544,8	49

1) ohne Frühjahrsreiserveredlungen

Die erfaßte Anbaufläche für Ziergehölze wurde 1979 wieder vergrößert. Dennoch vermehrten sich die Pflanzenbestände nur gering. Die Rosenbestände gehen weiter zurück. Die heranwachsenden Ziergehölze für Straßen, Parks und Gärten haben mit über 55 Mill. Stück die vorjährigen Bestandsumfänge gehalten. Die übrigen Ziergehölze verringerten sich um rund 4 Mill. Stück. auf 53 Mill. im Jahre 1979. Der Kurvenverlauf bei den Ziergehölzbeständen bestätigt den großen Bestandsrückgang der Rosen und macht deutlich, daß sich die verkaufsfertigen Ziergehölzbestände ungefähr auf den Umfang von 1975 einpendeln. Dieser Zweig der Baumschulbetriebe unterliegt in seinen Schwankungen auch der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung.

Wie am Kurvenverlauf für Rosen erkennbar, wird diese Gehölzart nach 1975 insgesamt weniger angebaut als in den Jahren davor. Bei den veredelten Rosen läßt

Die Forstpflanzenbestände entwickelten sich im Vergleichszeitraum sehr uneinheitlich. Während die Bestände an verschulten Laubgehölzen seit 1975 ständig zunahmen, sind die Bestände an Laubholzsämlingen in den letzten beiden Jahren erheblich zurückgegangen. Sie liegen niedriger als 1975.

Die Bestände an Nadelgehölzen bleiben unter der Vorjahresproduktion. Bei einigen Nadelgehölzarten wurden sehr hohe mehrjährige Bestände erfaßt. Dies ist auch auf das große Samenangebot dieser Arten in den Vorjahren zurückzuführen. Hier dürfte eine Überproduktion an Tieflandkiefern, Hügellandkiefern, Europäischen und Japanischen Lärchen zu erwarten sein.

Die hohen Zunahmen der drei- und vierjährigen Laubholzarten trugen im wesentlichen zur Erhöhung der

Bestände bei. Die Arten Stieleichen und Laubeichen dienen zur Samenproduktion besonders, wenn zu erkennen ist, daß der Pflanzensamen wegen der ungünstigen Witterung der Vorjahre ausbleibt. Besonders auffallend in dieser Gruppe sind die hohen Pflanzenbestände an dreijährigen veredelten Roterlen (*Alnus glutinosa*). 1978 wurden 115 Tsd. Pflanzen gezählt, dagegen wurden 1979 insgesamt 860 Tsd. Roterlen erfaßt. Die hohen Zunahmen dieser dreijährigen veredelten Roterlen sind auf schlechten Absatz dieser Baumart zurückzuführen.

Die Zahlen für die einzelnen Gehölzarten sind im Statistischen Bericht des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein C II 5. - j/79 am 23.11.1979 veröffentlicht worden.

Struktur der Baumschulen

Neben den bisher üblichen Ergebnissen der jährlichen Baumschulerhebung waren in Schleswig-Holstein mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung ohne Mehraufwand 1979 erstmals auch Strukturauswertungen möglich, über die nachfolgend berichtet werden soll.

Im Jahr 1979 betrug die durchschnittliche Baumschulfläche je Betrieb 5,75 ha. Wie der Übersicht zu entnehmen ist, verteilen sich die 752 Betriebe hauptsächlich auf die Größenklassen zwischen 1 und 10 ha Baumschulfläche. Alle Betriebe dieser Größenklasse zusammen bewirtschaften 41 % der Baumschulfläche des Landes. Im Kreis Pinneberg haben diese Betriebe einen Flächenanteil von 39 %. Besonderes Gewicht kommt den Betrieben mit 2 - 5 ha Baumschulfläche zu.

Größenklasse nach der Baumschulfläche von ... bis unter ... ha	Baumschulbetriebe im Land		Darunter im Kreis Pinneberg		
	Anzahl	Fläche ha	Anzahl	Fläche ha	%
Unter 0,5	138	33	96	23	70
0,5 - 1	72	58	55	45	78
1 - 2	106	168	81	127	76
2 - 5	228	785	187	641	82
5 - 10	117	818	96	667	82
10 - 15	36	441	29	356	81
15 - 20	18	319	14	250	78
20 - 50	28	818	24	702	86
50 und mehr	9	880	9	880	100
Insgesamt	752	4 321	591	3 691	85

Die Betriebe mit 10 und mehr ha Baumschulfläche bewirtschaften rund 57 % der gesamten Baumschulfläche, im Kreis Pinneberg 59 % der Fläche.

Bei den Baumschulbetrieben unter 1 ha Baumschulfläche handelt es sich hauptsächlich (Kreis Pinneberg) um Nebenerwerbsbetriebe in der Hand von Mitarbeitern der großen Baumschulen, aber auch um landwirtschaftliche Betriebe, die nebenbei Baumschulkulturen ziehen. Die Flächenanteile dieser kleinen Baumschulbetriebe liegen bei 2 %. Diese kleine, wirtschaftlich unbedeutende Gruppe von insgesamt 210 Betrieben befaßt sich zum größten Teil mit dem Anbau von Rosen und Ziergehölzen; 68 % der Baumschulfläche dieser Betriebe werden mit Ziergehölzen bebaut.

Die vollständige Verteilung der Baumschulen des Landes auf alle Kreise ist der folgenden Übersicht zu entnehmen.

Kreis	Baumschulbetriebe mit ... ha Baumschulfläche			
	unter 2	2 - 15	15 und mehr	insgesamt
Kreisfreie Städte	7	8	-	15
Dithmarschen	8	2	-	10
Hzgt. Lauenburg	5	4	-	9
Nordfriesland	4	3	1	8
Ostholstein	9	5	-	14
Pinneberg	232	312	47	591
Plön	2	1	-	3
Rendsburg-Eckernförde	13	12	4	29
Schleswig-Flensburg	6	4	-	10
Segeberg	15	7	2	24
Steinburg	8	20	1	29
Stormarn	7	3	-	10
Schleswig-Holstein	316	381	55	752

Danach überwiegen in der Landessumme die Betriebe mit 2 bis unter 15 ha Baumschulfläche. Dies wird nur durch die Verhältnisse in den Kreisen Pinneberg und Steinburg bewirkt. In den übrigen Kreisen befinden sich die meisten Betriebe in der Größenklasse unter 2 ha. Baumschulbetriebe mit 15 und mehr ha Baumschulfläche gibt es außer im Kreis Pinneberg nur in den Kreisen Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Steinburg.

Nicht in allen Baumschulbetrieben werden die drei Produktgruppen Obstgehölze, Ziergehölze und Forst-

pflanzen gleichzeitig produziert. Viele schleswig-holsteinische Baumschulbetriebe haben sich auf die Produktion einer Gruppe spezialisiert.

Eine solche Spezialisierung wurde außer für die Forstpflanzen hauptsächlich für den Zierpflanzenanbau ermittelt. Von den 682 Betrieben, die Rosen und Ziergehölze anbauen, beschränken sich 327, also fast die Hälfte, auf diese Produktion. Von den rund 2 530 ha Ziergehölzflächen sind rund 1 140 ha, das sind 45 %, im Besitz dieser Spezialbetriebe. Innerhalb der einzelnen Größenklassen schwankt der Anteil der spezialisierten Zierpflanzenanbaubetriebe. In der Größenklasse unter 1 ha Baumschulfläche produzieren von 177 Betrieben mit Zierpflanzenanbau 119 oder 67 % ausschließlich Rosen und Ziergehölze. In den Größenklassen zwischen 1 und 5 ha Baumschulfläche ziehen von den 310 Betrieben mit Zierpflanzenanbau 151 oder 49 % nur Rosen und Ziergehölze; und in den Größenklassen von 5 und mehr ha Baumschulfläche sind es von 195 Betrieben nur noch 57 Betriebe oder 29 %, die ausschließlich Rosen und Ziergehölze anbauen. Der Flächenanteil für die spezialisierten Zierpflanzenbetriebe liegt höher. Innerhalb der Größenklasse unter 1 ha Baumschulfläche werden rund 75 % der Ziergehölzfläche von den Spezialbetrieben bewirtschaftet. Die Spezialbetriebe der Größenklasse zwischen 1 und 5 ha bewirtschaften 63 % der Ziergehölzfläche. Dagegen werden in den Spezialbetrieben mit 5 und mehr ha Baumschulfläche 39 % der Ziergehölzfläche für diese Produktgruppe genutzt.

Die 172 Betriebe mit Anbau von Obstgehölzen ziehen gleichzeitig Ziergehölze oder auch Forstpflanzen. Der größte Anteil der Betriebe (86 Betriebe) mit Anbau von Obstgehölzen befaßt sich mit dem Anbau von Beeresträuchern. 43 Betriebe ziehen Kirschgehölze an und jeweils 30 Betriebe Äpfel- oder Birnengehölze. Unter den 343 Betrieben mit Anbau von Forstpflanzen sind 63, die nur Forstpflanzen anziehen. Davon bewirtschaften 60 Betriebe weniger als 10 ha und 3 Betriebe mehr als 10 ha Baumschulfläche je Betrieb. Dies kann auch der folgenden Tabelle entnommen werden, denn durch das neue Aufbereitungsverfahren können Struktur- und Produktionsdaten nebeneinander dargestellt werden. Diese Tabelle gibt eine Übersicht über alle Baumschulbetriebe mit Forstpflanzenproduktion im Lande, gegliedert nach der Größenklasse ihrer gesamten Baumschulfläche.

Daneben sind die Betriebe ausgewiesen, die sich auf den Forstpflanzenanbau spezialisiert haben. Weiterhin ist die in allen Baumschulen mit Forstpflanzen erfaßte Produktion an verschulten Nadelgehölzen und Laubgehölzen ausgewiesen.

Danach werden die meisten Pflanzen in den Betrieben mit 2 bis 10 ha Baumschulfläche gezogen und außerdem in den Betrieben mit 50 und mehr ha Baumschulfläche. Bemerkenswert ist, daß alle fünf großen Baumschulen mit Forstpflanzen neben diesen Pflanzengruppen auch Ziergehölze oder Obstgehölze in ihren Beständen führen und nicht ausschließlich Forst-

Baumschulbetriebe mit Forstpflanzen 1979

Größenklasse nach der Baumschulfläche von ... bis unter ... ha	Baumschulbetriebe mit Forstpflanzen			Und zwar					
	Anzahl	Baumschulfläche ha	Fläche für Forstpflanzen ha	mit nur Forstpflanzen		mit Nadelgehölzen		mit Laubgehölzen	
				Anzahl	Fläche für Forstpflanzen ha	Anzahl	verschulte Pflanzen 1000 Stück	Anzahl	verschulte Pflanzen 1000 Stück
Unter 0,5	52	13	8	24	5	37	1 196	29	730
0,5 — 1	27	22	12	7	6	22	1 084	18	565
1 — 2	48	77	41	10	16	41	4 895	32	2 001
2 — 5	102	353	185	10	29	85	23 265	93	10 361
5 — 10	63	436	201	9	60	49	27 531	60	10 476
10 — 15	15	184	79	1	13	13	7 776	15	3 598
15 — 20	13	230	106	—	—	10	8 279	12	5 309
20 — 50	18	550	242	2	50	17	32 020	18	16 524
50 und mehr	5	527	343	—	—	5	59 455	5	14 424
Insgesamt	343	2 391	1 217	63	179	279	165 501	282	63 986

pflanzen. Andererseits werden in diesen fünf Betrieben allein 30 % aller Forstpflanzen-Nadelgehölze und gut 20 % aller Forstpflanzen-Laubgehölze im Lande nachgewiesen.

Tiefer gegliedertes Material der Strukturauswertung liegt im Statistischen Landesamt vor und kann unter Wahrung der Geheimhaltungsbestimmungen eingesehen werden. Vergleichbare Ergebnisse für die übrigen Länder des Bundesgebietes wurden nicht erstellt.

Kurzberichte

Die Altersstruktur der Prüfungskandidaten

Fragen zur Ausbildungsdauer¹ der Studenten werden mit Hilfe der im Hochschulbereich verbrachten Semester beantwortet. In diesem Zusammenhang sind Studiendauer und Verweildauer Begriffe, die zum Beispiel darüber informieren, wie lange Studienplätze in Anspruch genommen werden. Über die andere Frage, wie alt die Hochschulabsolventen waren, gibt u.a. die Befragung der Prüfungskandidaten Aufschluß, die ebenfalls nach dem Hochschulstatistikgesetz semesterweise durchzuführen ist.

Im Prüfungsjahr 1978 — gemeint ist damit der Zeitraum des Wintersemesters 1977/78 und des Sommersemesters 1978 — bestanden an den Hochschulen in Schleswig-Holstein 3 012 Studenten eine Abschlußprüfung. Im Durchschnitt waren diese Studenten 27,3 Jahre alt. Vor allem durch das Ableisten des Wehr- und Ersatzdienstes lag das Durchschnittsalter der 1 869 männlichen Prüfungskandidaten mit 28,2 Jahren deutlich über dem der 1 143 Frauen (25,8 Jahre).

Dieses Durchschnittsalter ist je nach der Hochschulart verschieden. Für die Absolventen der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck errechnete sich ein mittleres Alter von 28,1 Jahren, wobei auch hier die Männer mit 28,8 Jahren um durchschnittlich 2,2 Jahre älter waren als ihre weiblichen Kommilitonen. Ein höheres Durchschnittsalter (35,0 Jahre) hatten nur noch die 59 Prüfungsteilnehmer, für die keine Angaben zur Hochschulart vorlagen. Das mit 26,1 Jah-

Zur Zeit sind noch keine mehrjährigen Strukturvergleiche möglich. Da die neue Aufbereitungsmethode auch im Jahr 1980 angewandt wird, können die strukturellen Entwicklungen zwischen diesen beiden Erhebungen im nächsten Jahr eingehend behandelt werden.

Hubertus Nicke

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte C II 5. Vergleiche auch: „Die Produktionsentwicklung in den schleswig-holsteinischen Baumschulen“ in dieser Zeitschrift, Heft 4/1974, S. 92.

ren relativ niedrige Durchschnittsalter der examinierten Studenten an den beiden pädagogischen Hochschulen wird vor allem durch die Jugend der weiblichen Prüfungsteilnehmer geprägt. Die 526 Studentinnen an den pädagogischen Hochschulen beendeten im Durchschnitt mit 25,0 Jahren erfolgreich den Studiengang, was bei den 308 Männern erst mit durchschnittlich 28,0 Jahren der Fall war. Für die 739 Studenten, die an einer Fachhochschule das Studium abschlossen, ergab sich ein mittleres Lebensalter von 26,6 Jahren. Auch hier waren die 581 Männer (26,8 Jahre) älter als die 158 Frauen (25,6 Jahre), wenn auch der durchschnittliche Altersunterschied hier geringer war als bei den Prüfungsteilnehmern der anderen Hochschularten.

Ebenfalls 26,6 Jahre betrug das Durchschnittsalter der 23 Studenten der Musikhochschule in Lübeck. Bei der geringen Zahl von Prüfungsteilnehmern an dieser Hochschule kann schon das ungewöhnlich hohe Alter einer Studentin dazuführen, daß hier die Frauen (28,5 Jahre) erheblich älter waren als die Männer (24,1 Jahre).

Mit welchem Alter der Hochschulabsolvent ins Berufsleben eintritt, ist auch von der Prüfungsart abhängig, mit der er das Studium abschließt. So zeigen sich an der Universität Kiel für die verschiedenen Abschlüsse Abweichungen vom Durchschnittswert, der dort 28,0 Jahre betrug. Durchschnittlich 3 Jahre älter waren die 226 Prüfungsteilnehmer, die promoviert wurden. Relativ früh konnten dagegen die zukünftigen Real- schullehrer die Hochschule verlassen. Die 103 Prüfungsteilnehmer für dieses Lehramt waren zum Zeitpunkt der Befragung durchschnittlich 26,4 Jahre alt. Die Ausbildung zum Lehrer an Gymnasien dauert länger, so daß dieser Lehrernachwuchs (204 Prüfungsteil-

1) Hierzu: „Wie lange studieren die Studenten in Schleswig-Holstein“ in dieser Zeitschrift, Heft 9/1979, S. 188 ff.

Erfolgreiche Prüfungsteilnehmer im Studienjahr 1978

Hochschulart	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Durchschnittsalter	Anzahl	Durchschnittsalter	Anzahl	Durchschnittsalter
Universität Kiel und Medizinische Hochschule Lübeck	1 357	28,1	930	28,8	427	26,6
Musikhochschule Lübeck	23	26,6	10	24,1	13	28,5
Pädagogische Hochschule	834	26,1	308	28,0	526	25,0
Fachhochschule	739	26,6	581	26,8	158	25,6
Ohne Angabe	59	35,0	40	35,4	19	34,1
Insgesamt	3 012	27,3	1 869	28,2	1 143	25,8

nehmer) erst mit 27,3 Jahren das erste Staatsexamen ablegen konnte. Das ist auch das Durchschnittsalter für die 364 Studenten, die den akademischen Grad „Diplom“ erwarben. Die 343 Kandidaten, die wie die zukünftigen Lehrer ebenfalls das Staatsexamen bestanden, waren mit 27,5 Jahren nur unwesentlich älter. Für alle hier aufgeführten Prüfungsarten lag das Durchschnittsalter der männlichen Teilnehmer über dem der Frauen. Der Unterschied betrug zwischen 0,9 und 2,3 Jahren.

Auch an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg gibt es Studienziele, die die Prüfungskandidaten in einem vom Durchschnitt (26,2 Jahre in Kiel, 25,7 Jahre in Flensburg) abweichenden Lebensalter erreichen. Früher, nämlich mit 25,5 Jahren in Kiel und 24,9 Jahren in Flensburg, legten die insgesamt 338 Prüfungsteilnehmer für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen das erste Staatsexamen ab. Genauso jung waren die 136 Studenten (25,5 Jahre), die an Sonderschulen unterrichten wollen. Die 318 angehenden Realschullehrer lagen dagegen mit ihrem Durchschnittsalter sowohl in Kiel (26,9 Jahre) als auch in Flensburg (26,6 Jahre) über den Durchschnittswerten an beiden Hochschulen. Die ältesten Absolventen im Bereich der pädagogischen Hochschulen waren mit 27,2 Jahren die 32 Diplom-Pädagogen in Kiel, wobei die wenigen examinierten Kommilitonen in Flensburg

unberücksichtigt blieben. Wie zu erwarten, übersteigt das Lebensalter des männlichen Lehrernachwuchses das der weiblichen Kollegen; die durchschnittlichen Differenzen von 2,3 bis 3,5 Jahren sind sogar größer als an der Kieler Universität.

Die Länge eines Medizinstudiums spiegelt sich in dem Durchschnittsalter von 29,2 Jahren der 94 Absolventen (Staatsexamen und Promotion) der Medizinischen Hochschule Lübeck wider. An der Fachhochschule ist die Graduierung die einzige Form des Abschlusses, so daß sich eine gesonderte Form der Darstellung erübrigt. Allerdings gibt es auch an den Fachhochschulen Unterschiede für das Durchschnittsalter je nach Studienfach und Fachrichtung. Diese zusätzliche Untersuchung ist selbstverständlich auch für die anderen Hochschulen möglich, an dieser Stelle wird auf sie jedoch verzichtet.

Die Frage, ob und in welcher Weise sich die durchschnittlichen Lebensalter beim Ablegen der Prüfung je nach Hochschule, Prüfungsart und Geschlecht im Zeitablauf ändern, kann untersucht werden, wenn die Ergebnisse für mehrere Jahre vorliegen.

Friedrich-Karl Wormeck

Aus unserem Archiv

Bodennutzung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr ha LN

Größenklasse nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ha	Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936			Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937		
	1907	1925	1933	1939	1949	1960
	Flächen in ha					
	Landwirtschaftliche Nutzfläche					
2 bis unter 5	38 254*	41 359*	38 118	35 798	37 742	26 333
5 " " 10	72 982*	77 224*	71 620	67 044	66 772	49 594
10 " " 20	148 935*	161 082*	185 270	200 118	203 456	198 618
20 " " 50	428 141*	401 510*	460 418	508 953	498 218	542 304
50 " " 100	240 788*	170 682*	192 892	211 808	184 118	198 125
100 und mehr	172 995	160 573	159 765	155 282	136 443	116 576
Zusammen	1 102 095*	1 012 430*	1 108 083	1 179 003	1 126 749	1 131 550
	Ackerland					
2 bis unter 5	23 532	19 063	15 855	14 308	15 308	10 408
5 " " 10	46 346	39 147	31 811	30 988	31 733	22 822
10 " " 20	100 391	88 967	90 564	106 046	109 390	109 080
20 " " 50	304 997	243 697	242 507	293 284	292 411	322 028
50 " " 100	174 733	106 294	107 152	126 833	114 482	126 048
100 und mehr	139 195	115 500	101 164	103 083	94 940	83 122
Zusammen	789 194	612 668	589 053	674 542	658 264	673 508
	Roggen					
2 bis unter 5	4 026	4 334	3 273	2 387	2 139	1 581
5 " " 10	8 164	9 548	7 597	5 631	5 863	4 072
10 " " 20	17 832	21 462	22 782	20 495	22 379	20 936
20 " " 50	44 367	45 380	52 435	51 944	56 604	58 194
50 " " 100	23 606	16 852	20 082	20 678	20 532	19 296
100 und mehr	13 743	14 021	11 604	11 314	14 272	7 564
Zusammen	111 738	111 597	117 773	112 449	121 789	111 643
	Weizen					
2 bis unter 5	266	223	585	397	285	607
5 " " 10	672	558	1 562	1 180	890	1 667
10 " " 20	2 012	1 729	6 120	5 369	3 947	10 061
20 " " 50	12 007	10 685	28 160	22 642	14 981	38 275
50 " " 100	6 445	6 058	17 152	13 920	7 475	20 085
100 und mehr	10 166	10 992	23 262	18 090	7 823	17 962
Zusammen	31 568	30 245	76 841	61 598	35 401	88 657
	Hafer					
2 bis unter 5	4 107	3 337	2 331	2 269	1 643	713
5 " " 10	9 373	8 643	6 683	5 966	4 346	2 128
10 " " 20	21 149	20 575	21 122	21 912	15 162	10 272
20 " " 50	62 560	54 136	54 705	59 437	38 228	29 146
50 " " 100	33 156	21 629	21 389	23 854	14 131	11 372
100 und mehr	26 043	20 052	15 553	17 460	10 139	7 327
Zusammen	156 388	128 372	121 783	130 898	83 649	60 958
	Kartoffeln					
2 bis unter 5	1 935	2 441	1 834	1 619	2 137	1 058
5 " " 10	2 254	3 157	2 331	2 277	3 790	1 610
10 " " 20	3 653	5 159	4 762	6 169	12 777	6 976
20 " " 50	6 472	8 557	8 440	13 038	30 128	19 388
50 " " 100	3 330	3 165	2 949	4 690	10 849	7 134
100 und mehr	2 319	3 242	2 727	4 296	10 417	4 954
Zusammen	19 963	25 721	23 043	32 089	70 098	41 120

*) ohne die in diesen Jahren nicht in der landwirtschaftlichen Nutzfläche mitenthaltenen Flächen der geringen Weiden und Hutungen

QUELLEN: 1907, 1925 und 1933: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 409 und 459/3
 1939: Unveröffentlichtes Material
 1949 und 1960: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Aus unserem Archiv

Waldfläche

Die Forsterhebungen 1937 und 1961 wurden nach dem Betriebsprinzip, alle übrigen Erhebungen nach dem Belegenheitsprinzip durchgeführt. Die Unterschiede zwischen beiden Methoden sind unbedeutend:
z.B. forstliche Betriebsfläche 1961:

Bewirtschaftungszuordnung = 133 647 ha, darunter 114 ha, die außerhalb Schleswig-Holsteins belegen sind
Belegenheitszuordnung = 134 442 ha, darunter 909 ha, deren Betriebsitz außerhalb Schleswig-Holsteins liegt

a) Waldfläche nach Nutzungsformen (Betriebsarten)

- in ha (alle Angaben einschließlich Räumden und Blößen) -

Jahr	Hochwald	Plenterwald 1)	Mittelwald 2)	Niederwald			in Überführung stehender Mittel- und Niederwald	Nicht- wirtschafts- wald 4)	Holzboden- fläche insgesamt
				Eichen- schälwald	Weidenheger	sonstiger Stockaus- schlag 3)			
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920									
1883	105 644		6 851	1 087	463	5 645	.	.	119 690
1893	111 249		6 892	1 159	840	4 391	.	.	124 531
1900	91 894	19 662	6 118	581	518	7 541	.	.	126 314
1913	97 726	26 965	5 110	130	582	6 969	.	.	137 482
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936									
1913	83 523	22 692	4 394	6 652		.	.	.	117 261
1927	102 902		5 255	96	687	5 532	.	.	114 472
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937									
1937	114 238		1 330	11	2	7 959	.	.	123 540
1948	118 061		164	-	-	4 042	.	619 ^a	122 886
1961	118 068	1 069	1 443	5 357		.	671	2 450	129 058

1) Wirtschaftswald, wie Hochwald aus Saat, Pflanzung oder natürlicher Verjüngung, in dem auf derselben Fläche Bäume sehr verschiedener Altersklassen durcheinander stehen (ununterbrochene stetige Verjüngung) 2) Stockausschlag mit vielen Oberbäumen
3) Stockausschlag ohne oder mit sehr wenig Oberbäumen 4) Waldungen (einschl. des unbestockten Holzbodens), die eine nachhaltige Nutzung von zur Zeit nicht mehr als etwa 1 fm je Jahr und ha ermöglichen (z.B. Eichenkratt). Hierzu gehören auch Waldflächen, die unter Naturschutz stehen (nicht jedoch Waldungen in Landschaftsschutzgebieten) a) Schutzwald

b) Waldfläche nach Besitzgruppen

Jahr	Waldfläche (Holzboden- fläche) insgesamt	davon					
		Staatsforsten ¹⁾		Körperschaftsforsten ²⁾		Privatforsten ³⁾	
		ha	in % der Holzbodenfläche	ha	in % der Holzbodenfläche	ha	in % der Holzbodenfläche
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1878 bis 1920							
1883	119 690	31 150	26,0	11 642	9,7	76 898	64,3
1893	124 531	34 769	27,9	12 444	10,0	77 318	62,1
1900	126 314	36 295	28,7	15 562	12,3	74 457	59,0
1913	137 482	37 168	27,0	17 908	13,0	82 406	60,0
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936							
1913	117 261	29 779	25,4	15 502	13,2	71 980	61,4
1927	114 472	28 858	25,2	16 275	14,2	69 339	60,6
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937							
1937	123 540	34 274	27,7	20 961	17,0	68 305	55,3
1948	122 886	36 646	29,8	17 514	14,3	68 726	55,9
1961	129 058	40 596	31,4	18 431	14,3	70 031	54,3

1) Vor 1945 Staats-, Staatsanteils-, Reichs-, Kronforsten (letztere bis 1913), 1948 Landesforsten einschl. ehemaliger Wehrmachtswald und Domänenwald, 1961 Bundes- und Landesforsten 2) Kreis- und Gemeindeforsten, Stiftungsforsten, Genossenschaftsforsten 3) einschl. Wald in Fideikommissen

c) Hochwald nach Holzarten

- in ha (einschl. Plenterwald, einschl. Räumden und Blößen) -

Jahr	Laubholz				Nadelholz					Insgesamt	davon in %	
	Eiche	Buche	anderes Laubholz	zusammen	Fichte, Tanne	Lärche	Kiefer	anderes Nadelholz	zusammen		Laub- holz	Nadel- holz
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920												
1883	9 001	64 332 ^a		73 333	16 441	331	15 539	-	32 311	105 644	69	31
1893	7 806	62 634 ^a		70 440	21 690		19 119	-	40 809	111 249	63	37
1900	8 497	58 159 ^a		66 656	25 267		19 633	-	44 900	111 556	60	40
1913	10 986	57 043 ^a		68 029	40 788		15 874	-	56 662	124 691	55	45
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936												
1913				58 333					47 882	106 215	55	45
1927	9 794	42 907 ^a		52 701	32 802 ^b	992	14 699	1 708	50 201	102 902	51	49
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937												
1937	12 220	35 409	9 604	57 233	37 832 ^c		17 174	1 999	57 005	114 238	50	50
1948	13 179	31 095 ^e	12 007	56 281	41 339 ^d	4 638	15 075	728	61 780	118 061	48	52
1961	12 650	27 701 ^e	11 378	51 729	44 329 ^f			-	66 748	119 137 ^h	44	56

a) darunter Birken, Erlen, Espen und andere weiche Laubbölder: 1883 = 11 227 ha, 1893 = 8 565 ha, 1900 = 6 234 ha, 1913 = 9 270 ha, 1927 = 7 465 ha b) darunter 1 644 ha Tannen c) darunter 442 ha Tannen d) ohne Tannen
e) einschl. 888 ha, die nicht genau aufgliedert werden konnten ("Rotbuche und anderes hartes Laubholz") f) einschl. Douglasie
g) davon 12 723 ha Kiefer und Strobe, 5 287 ha Lärche, 4 408 ha Kiefer, Strobe und Lärche (nicht weiter aufteilbar)
h) einschl. 660 ha Plenterwald (ohne Fichte und Tanne), die nicht weiter aufgeteilt wurden (vermutlich meist Laubholz)

QUELLEN: 1883 bis 1913 (altes Gebiet): Königl. (Preuß.) Statist. Bureau (Landesamt), Preußische Statistik, Heft 81, 168, 246 II

1893 auch: Kaiserl. Statist. Amt, Vj.hefte z. Stat. d. Dr. Reichs 1894 IV

1913 (neues Gebiet): Preuß. Statist. Landesamt, Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, 18. Band (1922)

1927: Preuß. Statist. Landesamt, Preußische Statistik, Heft 291 II

1937: Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets, Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 bis 1944 (München 1949)

1948: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein

1961: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins

